

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,80 Mark.

Stuttgart den 30. September 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jeklin (Bundel), Wülbelsstraße, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwachsstraße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Aufruf an die Parteigenossen Preußens zum zweiten preußischen Parteitag. — Aufruf an die Genossinnen Deutschlands zur außerordentlichen Frauenkonferenz. — Der Parteitag zu Essen. — Weibliche Gewerbeaufsicht in Sachsen. Von E. N. — Ein landwirtschaftliches Kulturbild. Von W. D. — Von der Hamburger Dienstbotenbewegung. Von Helene Kollé. — Beschlüsse des Parteitags zu Essen.

Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Mitarbeit der Frauen am Parteitag. — Erstes und zweites vom Kampfe zwischen den „Roten“ und „Schwarzen“ in Bayern. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der rheinischen Textilindustrie. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl.

Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauensimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Verschiedenes.

Feuilleton: Stimmungsdanken. Von Franz Diederich. (Gebicht.) — Weiße Ästern. Von Klara Bohm-Schuch. — Schmiede. Von Franz Diederich. (Gebicht.) — Das Signal. Von B. M. Garfshin.

Provisorische Tagesordnung:

Die Dienstbotenbewegung.

- a. Agitation und Organisation. Referentin: Genossin Grünberg-Nürnberg.
- b. Der Stellennachweis. Referentin: Genossin Zieg-Hamburg.
- c. Der freie Dienstvertrag. Referentin: Genossin Baar-Berlin.

Alle Genossinnen, welche als Delegierte an dem Preußentag teilnehmen sollen, werden ersucht, sich gleichzeitig auch ein Mandat für die Frauenkonferenz übertragen zu lassen. Durch Zirkular an die Vertrauenspersonen sind die Genossinnen in Preußen bereits aufgefordert worden, in der nämlichen Weise wie zu den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie für ihre Vertretung auf dem Parteitag zu sorgen. Die Dienstbotenvereine, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, werden aufgefordert, ihre Vertreterinnen zu der Konferenz zu entsenden. Des weiteren sollten sich auf ihr die Genossinnen solcher Orte vertreten lassen, wo die Bewegung unter den Dienstboten in Fluss kommt und die Gründung einer Organisation vorbereitet wird. Die Wahlen der Delegierten haben in der üblichen Weise zu erfolgen. Genossinnen! Die Wichtigkeit der bevorstehenden Tagung verlangt, daß ihr sofort mit gesteigerter Rührigkeit an die Arbeit geht, um eine zahlreiche und sachverständige Besichtigung der Konferenz zu sichern.

Berlin, den 20. September 1907.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Otilie Baader,

Vertrauensperson der sozialdemokrat. Frauen Deutschlands

Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

An die Parteigenossen Preußens!

Durch die am Anfang dieses Jahres stattgehabten Reichstagswahlen waren die Unterzeichneten gezwungen, die für Ende 1906 geplante Zusammenkunft der Parteigenossen Preußens zu verschieben.

Wir berufen nunmehr im Einverständnis mit dem Parteivorstand und der Organisation Groß-Berlins den

zweiten preußischen Parteitag

auf Donnerstag den 21. November, früh 9 Uhr, nach Berlin, in die Räume des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15, ein und bitten die Genossen Preußens, diese Tagung durch Delegierte beschicken zu lassen.

Als Tagesordnung und Referenten werden vorgeschlagen:

1. Die Organisation in Preußen. Referent: Genosse Hugo Haase-Königsberg.
2. Die bisherige Tätigkeit des preußischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. Referent: Genosse Eduard Adler-Kiel.
3. Die Landtagswahlen 1908. Referent: Genosse Dr. Leo Arons-Berlin.
4. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Legien.
5. Selbstverwaltung und Gemeinde. Referent: Stadtverordneter Genosse Paul Hirsch-Charlottenburg.

Für die Erledigung der Geschäfte des Parteitages sind Donnerstag der 21., Freitag der 22. und Sonnabend der 23. November in Aussicht genommen.

Gemäß weiterem Beschlusse des preußischen Parteitages 1904, den Entwurf einer Landesorganisation für das Königreich Preußen auszuarbeiten, haben wir uns dem unterzogen. Die Veröffentlichung des Statuts ist im „Vorwärts“ erfolgt.

Die Versendung der Mandatsformulare wird Anfang Oktober erfolgen. — Jeder preußische Reichstagswahlkreis kann sich durch drei Delegierte vertreten lassen.

Die Einreichung von Anträgen, alle Anfragen sowie die Anmeldung der Delegierten sind bis zum 12. November an den Mitunterzeichneten.

Leopold Piepmann, Berlin SW 68, Lindenstr. 69, zu bewirken.

Mit Parteigrüß

Eugen Ernst, Emil Boeske, Leopold Piepmann.

Genossinnen!

Die wachsende Bedeutung der Dienstbotenbewegung und die Aufgaben, welche sie an uns stellt, läßt eine besondere Beratung als dringend notwendig erscheinen. Die Unterzeichnete beruft daher

eine außerordentliche Frauenkonferenz

für Mittwoch den 20. November nach Berlin, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, ein. Die Konferenz wird vormittags 9 Uhr eröffnet.

Der Parteitag zu Essen.

Ein Wald hochragender Schote, deren Dualm die Luft dunstig und stickig macht, deren Spizen abends von feuriger Lohe umglutet werden; eine schier zahllos dünkende Menge von Werflätten, Gruben, Betrieben, in denen es klopft, hämmert, kreischt und rassel; Zehntausende und aber Zehntausende Arbeiter, die beim Schichtwechsel in breitem Strom die Zugänge zu dem „Staate“ Krupp füllen; das ganze Riesengetriebe entfaltetem modernen Wirtschaftslebens im Dienste und unter der Herrschaft einiger weniger: das war das Milieu, in dem die Sozialdemokratie heuer getagt hat. Ein Hintergrund, der die kapitalistische Entwicklung und ihr Wesen mit plastischer Schärfe in Erscheinung treten läßt, und wie er stimmungsgewaltiger, anregender, „aufreizender“ für die Beratungen der Partei nicht gedacht werden kann, die aus eben dieser Entwicklung geboren das Proletariat zu seiner geschichtlichen Aufgabe ruft: die Konsequenz des sozialen Werdegangs zu ziehen und durch seinen bewußt geführten Klassenkampf den Kapitalismus zu überwinden.

Obgleich der Parteitag etwas matt einsetzte, hat er sich doch im Verlauf seiner Arbeiten dieses bedeutsamen Hintergrundes würdig erwiesen. Was sein Gesamtergebnis anbelangt, so zählt er unstreitig zu den Tagungen, auf welche die Sozialdemokratie mit großer Befriedigung zurückblicken kann.

In ruhiger Sachlichkeit und Gründlichkeit hat er die Geschäfte der Partei erledigt und mancherlei wichtige Anregungen für die weitere Arbeit gegeben. Das ist nicht nur bei den Erörterungen über die Tätigkeitsberichte des Vorstandes und der Reichstagsfraktion geschehen, sondern auch bei der Beratung der zahlreichen Anträge, die zu diesen Berichten wie sonst noch vorlagen, und diesmal eingehender erörtert worden sind, wie manches andere Jahr. Wer die betreffenden Verhandlungen aufmerksam nachliest, der wird — außer den zur Annahme gelangten Anträgen, die uns bestimmte Aufgaben weisen — darin eine Fülle dankenswerter Fingerzeige für die Tätigkeit zur Aufklärung, Organisation und besseren theoretischen Durchbildung der Massen finden. In ihnen offenbarte sich nicht nur das kraftvoll vor-

wärtsdrängende Leben der Partei, sondern auch die Fähigkeit ihrer Anhänger, klar und kühl die vorliegenden Notwendigkeiten zu erwägen, sowie die Mittel und Wege, ihnen zu begegnen. Besonders begrüßen wir in dieser Beziehung, daß der Essener Parteitag unweifelhaft fördernd auf die proletarische Frauenbewegung zurückwirken wird. Die trefflichen Reden unserer Genossinnen Baader und Zieg und die weitblickenden Ausführungen, die Genosse Bebel in seinem Referat gab, zeigten scharf umrissen die Dringlichkeit und Bedeutung, die Proletarierinnen zu zielklaren Mitträgerinnen des Emanzipationskampfes ihrer Klasse zu machen, mahnten die Genossinnen nachdrücklich an ihre Pflicht, die hier und da noch vorhandene Passivität der proletarischen Frauenbewegung gegenüber in tatkräftige Förderung derselben zu verwandeln, und haben den Eifer und Mut der Genossinnen neu beflügelt, die mit Opferfreudigkeit ihre Kraft dafür einsetzen, dem weiblichen Proletariat das Evangelium des Sozialismus zu bringen.

Es sei noch der beschlossenen Errichtung eines Nachrichtenbureaus gedacht, welches — nachdem sie vorher in der Presse heftig umstritten worden — der Parteitag so gut wie debattelos mit großer Majorität zustimmte. Möchte es redlichem Bemühen gelingen, das neue Institut von den Gefahren freizuhalten, die in seiner Natur liegen, und ihm die wichtigsten Vorbedingungen einer gezielten Wirksamkeit zu sichern. Welche Bedeutung ihm für die Entwicklung der Parteipresse zukommen, ob es mehr die Erwartungen der einen, als die Befürchtungen der anderen rechtfertigen wird, darüber kann nur die Praxis das letzte entscheidende Wort sprechen.

Was sich zum Lobe der Essener Woche sagen läßt, erschöpft sich jedoch keineswegs darin, daß sie einen eifrigen, bedachtsamen Geschäftsparteitag darstellt. Die Verhandlungen haben mehr gegeben, als ein solcher verlangt. Sie brachten klärende, befruchtende Auseinandersetzungen über wichtige strittige prinzipielle wie taktische Fragen. Manche Genossen wägen die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei durch jede solche Auseinandersetzung gefährdet. Besorgt bemühen sie sich, sie als „Wortklauberei“ abzuwehren und auch die sachlich tief begründeten Gegensätze der Meinungen mit begütigenden Nebenarten und unklaren Begriffen zu überbrücken. Der Parteitag erwies sich unangekänkelt von dem ängstlichen Kleinmut der eigenen Kraft gegenüber, der sich darin zusammen mit einer gewissen Kurzsichtigkeit offenbart, die Ursachen und Folgen von sachlichen Unterschieden der grundsätzlichen Auffassung mit voller Schärfe zu werten, und der daher Gegensätze vertuschen und versöhnen will, die überwunden werden müssen. Er nahm kraftvoll und mit frischer Lebendigkeit den Kampf um die gegensätzlichen Meinungen auf, die innerhalb der Partei betreffs ihrer Stellung zum Militarismus und zur Kolonialfrage zutage getreten sind. Und er hat ihn mit grundsätzlicher Schärfe und nicht ohne jene Leidenschaft durchgeführt, welche der natürliche Ausdruck durchdachter, starker Überzeugungen ist. Daß dabei auch mancher persönliche Pfeil hinüber und herüber geslogen ist, mögen die bejammern, welche übersehen, daß die Meinungen nicht als blutleere Abstraktionen durch die Geschichte geistern, sondern von Menschen getragen und verfochten werden, die um so fester mit den Ideen verwachsen, je tiefer die Blut ihrer Überzeugung ist, je hingebungsvoller sie sich in ihre Dienste stellen.

Zur Frage des Militarismus kam es unzweideutig zum Ausdruck, daß die große Majorität des Parteitags die revolutionäre Auffassung rückhaltlos vertreten wissen will und jede Neigung zur Abschwächung und Trübung derselben zurückweist. Die Auseinandersetzungen über unsere Stellung zu ihm kreisten um die letzten sozialdemokratischen Reichstagsreden zum Militäretat, ganz besonders aber um Noskes bekannte Ausführungen. Nicht einmal Bebels Beredsamkeit gelang es, die Mehrzahl vom Standpunkt des „guten Geschmacks“ aus von der Harmlosigkeit dessen zu überzeugen, was diese Reden enthielten und nicht enthielten. Denn die Sozialdemokratie ist nicht ein Klub von Asketen, deren Auftreten durch die Gesetze des

„guten Geschmacks“ beherrscht wird, sie ist eine Partei von politischen Kämpfern, und grundsätzliche Auffassung wie politische Notwendigkeiten entscheiden über ihr Verhalten. Davon abgesehen, daß gerade auch bei Kraftlosigkeit und mangelnder Klarheit Ästhetik und guter Geschmack am allerlehten zu ihrem Rechte kommen, und daß das kämpfende Proletariat statt „schön“ lächerlich wirkt, wenn es seine robusten Glieder in den Frack und die Schnallenschuhe der Diplomaten zwingt und es mit staatsmännlichen Gesten probiert. Daß der Klassengegensatz zwischen der herrschenden Minderheit und den beherrschten Massen einen Wesensunterschied in dem bedingt, was der einen wie der anderen als „patriotische“ Pflicht gilt, daß die Sozialdemokratie darum bei ihrer Beurteilung des Militarismus und internationaler Krisen nie Töne ausschlagen darf, in denen bürgerliche patriotische Klänge leise mitschwingen: das haben die Verhandlungen des Parteitag deutlichst gesagt und allen gesagt.

Gleich klar und entschieden scheint die Stellungnahme zur Frage der Kolonialpolitik. Denn es erhob sich nicht eine Stimme gegen den Beschluß des internationalen Kongresses zu Stuttgart, welcher dem Imperialismus unserer Tage grundsätzlich den schärfsten Krieg kündigt. Aber doch ist die Übereinstimmung nur eine scheinbare, und die Frage in ihrer weittragenden Totalität ist unseres Dafürhaltens noch nicht genügend aufgeklärt. Die Verhandlungen erörterten hauptsächlich das Um und Auf des Zustandekommens der Stuttgarter Resolution. Sie rücken die Tatsache in helles Licht, daß der Entwurf der internationalen Kommissionsmehrheit, der zuerst die Zustimmung der Mehrzahl der deutschen Delegation gefunden hatte, in striktem Widerspruch steht zu der Resolution, welche der Parteitag von Mainz zur Frage der Weltpolitik gefaßt hat. Die deutsche Delegation des internationalen Kongresses ist mithin dem Standpunkt der Partei treu geblieben, als auch sie sich im Plenum in letzter Stunde für die Fassung entschied, welche die Minderheit der unklüglichen Sätze gegeben hatte. Jedoch mit dem allem ist nicht die Klärung der Frage gegeben, welche den wesentlichen Unterschied zwischen der Mehrheits- und Minderheitsresolution ausmacht: die Frage der „sozialistischen Kolonialpolitik“, die auch in David und anderen deutschen Genossen warme Befürworter gefunden hatte. Es geht nicht an, sie mit nonchalanter Handbewegung als „Zukunftsmusik“ abzuweisen. Entwicklungsgeschichtlich muß diese „Zukunftsmusik“ ein Gegenwartsvorpiel haben, und das heißt kapitalistische Kolonialpolitik. Geschichtliche Dinge haben ihre eigene Logik, die sich unbekümmert um das Wünschen und Wollen der Menschen durchsetzt. Welches sind die praktischen politischen Konsequenzen der Überzeugung, daß eine sozialistische Kolonialpolitik möglich, ja notwendig sei, und verträglich eine solche überhaupt mit unserer Grundauffassung von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Rassen und von der historischen Berechtigung aller Kulturstufen? Das sind die Fragen, die auf dem Grunde des Problems auftauchen, und die der Antwort harren. Der Parteitag hat ihre Erörterung nur eingeleitet, die sich auswachsende Kolonialpolitik des krachenden Kapitalismus mit ihren Tendenzen und Anforderungen wird dafür sorgen, daß sie in Fluß bleibt. Die Partei besitzt bereits in Parvus' Broschüre äußerst schätzenswertes Material zu ihrer Beurteilung, Kautskys angekündigte Schrift wird sicherlich ein weiterer wichtiger Beitrag zu ihr sein. An ein Abrücken der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen die preußisch-deutsche Weltmachtpolitik ist inzwischen nicht zu denken, einheitlich und geschlossen steht die Partei in diesem Kampfe zusammen. Das unterstreichen zu haben, ist einzuweisen das positive Ergebnis der Essener Beratungen.

Zubekende Zustimmung wird Bebels Referat über die Reichstagswahl und die politische Lage bei den Massen der sozialdemokratischen Parteigänger finden, wie es sie bereits auf dem Parteitag gefunden hat. Es war die Rede eines politischen Kämpfers, der, auf dem festen Boden der materialistischen Geschichtsauffassung fußend, die Erscheinungen in ihrem Auf und Ab begreift, und seiner historischen Einsicht sicher, auch die Niederlage des Januar nicht höher einschätzt, als sie es verdient, weil er hinter ihr die treibenden Kräfte am Werke erblickt, die neue Kämpfe, aber auch neue Siege vorbereiten. Grundsätzlich scharf und bestimmt in der Tendenz, kampfesfroh und zukunftsgerichtet in der Stimmung, wies sie die trübseligen Zweifler ab, die unter dem Eindruck des Wahlergebnisses zu einer Revision unserer Taktik drängten, brachte sie ein neuerliches starkes Bekenntnis zu den Grundsätzen der Dresdener Resolution. Die Debatten zu dem Punkte der Tagesordnung standen vor allem im Zeichen der Anträge, welche forderten, daß die Freisinnigen bei Stichwahl nicht mehr von der Sozialdemokratie unterstützt werden sollen. So unannehmbar derartige Anträge sind, so haben sie doch in ihrer sich mehrenden Zahl ihre Bedeutung. Sie gehören zu den

Anzeichen, welche den fortschreitenden Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien zu der einen reaktionären Masse künden.

Nach Inhalt und Form eine muster-gültige Leistung war Wurms Referat über die Alkoholfrage. Mit sicherer Hand wurden darin die Grenzlinien zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Kampf gegen die Alkoholvergiftung gezogen und die Aufgaben gezeichnet, welche der Partei in ihm zufallen. Zwar hat der Referent dabei die Bedeutung der Aufklärung über die Gefahren des Alkoholismus weniger stark betont, als es unsere abstinente Genossen für nötig erachten. Indessen können auch sie sich mit dem Bewußtsein zufrieden geben, daß seine Ausführungen selbst ein großes, wissenschaftlich fest gegründetes Stück der gewünschten Aufklärungsarbeit sind, die naturgemäß weiter wirken muß. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, in welcher hohen Maße die Proletarierin als Gattin, Mutter und Klassenkämpferin gerade an dem Kampfe gegen den Alkoholismus interessiert ist. Mögen sich daher unsere Genossinnen Wurms wertvolle Arbeit ausgiebig zunutze machen, um energisch und erfolgreich gegen einen Feind vorzugehen zu können, der die Leiden der proletarischen Klassenlage unendlich steigert und den proletarischen Klassenkampf schädigt.

Beachtung verdienen besonders noch die Verhandlungen und Beschlüsse, welche die Maiseier und die Stellung zu den lokalistischen Gewerkschaften betreffen. Sie waren getragen von dem nämlichen Geist der Solidarität, durchdrungen von dem nämlichen Bewußtsein der organischen Zusammengehörigkeit zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung, wie die Beratungen der sozialistischen Internationale. Sie verheißen daher nicht nur eine ausgedehnte und kraftvolle Maidemonstration für das nächste Jahr, vielmehr darüber hinaus dauerndes harmonisches Zusammenarbeiten und Zusammenkämpfen, wie es durch die sich verschärfenden Klassengegensätze und Klassenkämpfe mit ihren aufziehenden schweren Konflikten im wirtschaftlichen und politischen Leben immer dringlicher gemacht wird.

Die „Niedergerittenen“ leben, entschlossen, kraftgeschwollt wie je stehen sie auf dem Blachfelde der Geschichte, um im Kampfe gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft dem Proletariat jene Welt zu erobern, in der es alles zu gewinnen und nichts zu verlieren hat als seine Ketten. Ihre erste große Musterung seit den Tagen der Niederlage hat es bewiesen.

Weibliche Gewerbeaufsicht in Sachsen.

Seit dem 1. Juli 1904 haben wir in Sachsen weibliche Fabrikinspektoren. Vorher bestand drei Jahre die Einrichtung der amtlichen weiblichen Vertrauenspersonen. Sie amtierten in den fünf Kreishauptmannschaften und hatten lediglich die Aufgabe, auf einem ihnen zugewiesenen Bureau wöchentlich einige Stunden auf Arbeiterinnen zu warten, die sich mit Beschwerden nahen oder um Rat nachsuchen würden. Auf diese sonderbare Art wollte die sächsische Regierung ergründen, ob ein Bedürfnis für die Anstellung von Fabrikinspektorinnen vorhanden wäre. Natürlich mußte dieser Versuch völlig fehlschlagen. Die sächsischen Arbeiterinnen wenden sich heute an ihre gewerkschaftliche Organisation oder an die sozialdemokratische Presse, wenn sie sich von Betriebsmishandlungen allzu arg bedrückt fühlen, weil sie zu diesen Instanzen Vertrauen haben. Ein nennenswerter Verkehr von Arbeiterinnen und Arbeitern an der Amtsstelle der sächsischen Fabrikinspektion gehört zu den Ausnahmen. Wie die vorliegenden Jahresberichte der Gewerbebeamten für 1906 bezeugen, verkehrten nur in den Bureaus von 2 der 17 sächsischen Inspektionsbezirke Arbeiter in nennenswerter Zahl. An allen übrigen Amtsstellen erschienen durchweg weit mehr Unternehmer als Arbeiter. So wird beispielsweise aus Plauen gemeldet, daß dort neben 497 Unternehmern nur 4 (vier) Arbeiter an Inspektionsstellen erschienen seien. Ähnlich war es auch in den anderen 14 Bezirken. Es ist also in dieser Beziehung alles beim alten geblieben. Das geringe Vertrauen der sächsischen Arbeiterklasse zur Fabrikinspektion des Landes ist jederzeit durch einen minimalen Arbeiterverkehr an den Amtsstellen der Inspektoren zum Ausdruck gekommen. Unter solchen Umständen war es von vornherein doppelt verkehrt von der sächsischen Regierung, daß sie das Bedürfnis für eine weibliche Gewerbeaufsicht auf die oben mitgeteilte Art festzustellen versuchte. Nur durch eine vorurteilslose Revisions-tätigkeit und den dadurch angebahnten Verkehr mit den Arbeiterinnen hätten sich die amtlichen weiblichen Vertrauenspersonen das Zutrauen der Arbeiterinnen erwerben können. Unter den geschilderten Umständen kam, was kommen mußte, die Bureaus der weiblichen Vertrauenspersonen blieben unbesucht. Nur eine einzige der Vertrauenspersonen, die in Dresden, konnte von einem geringen Verkehr mit den Arbeiterinnen melden, von denen etwa 50 im ganzen Jahre an der Amtsstelle erschienen. Allerdings hatte sich die Beamtin das Recht von der Kreishauptmannschaft erwirkt, eine Revisions-tätigkeit in Fabriken mit vorwiegend weiblicher Arbeiterschaft ausüben zu dürfen.

Die Kritik, welche besonders von sozialdemokratischer Seite an dem Institut der weiblichen Vertrauenspersonen

geübt worden ist, hat schließlich sogar die sächsische Regierung zu der Einsicht gebracht, daß die Ergebnislosigkeit des Versuchs kein Beleg für die Überflüssigkeit weiblicher Gewerbeaufsicht war, sondern nur ein Beweis für die völlige Verkehrtheit ihres eigenen Vorgehens. Dem Verlangen nach einer Erweiterung des Instituts wurde ihrerseits Rechnung getragen; die fünf weiblichen Vertrauenspersonen avancierten zu weiblichen Fabrikinspektoren, und sie erhielten die Befugnis, selbstständig revidieren und über ihre Tätigkeit selbst berichten zu dürfen. Gleichzeitig wurden sie aber leider auch zum Teil ihrer speziellen Aufgabe entzogen: der Überwachung der Betriebe mit vorwiegend weiblicher Arbeiterschaft. Als besondere Aufgaben wurden ihnen die Revisionen der Heimarbeitsstätten übertragen, und an diesen Stätten der schlimmsten Ausbeutung sollten sie die Einhaltung des Kinderschutzgesetzes überwachen; ferner sollten sie auch sonst die Einhaltung des Kinderschutzgesetzes berücksichtigen. Von der Erfüllung dieser ihrer Hauptaufgabe geben die fünf weiblichen Fabrikinspektoren in Sachsen alljährlich in Sonderberichten Rechenschaft, die den Jahresberichten der sächsischen Fabrikinspektion beigegeben sind. Von ihrer sonstigen Tätigkeit, insbesondere von der zugunsten der Arbeiterinnen, zeugen nur kurze Bemerkungen zwischen den Mitteilungen aus den einzelnen Inspektionsbezirken.

Die eingestreuten Bemerkungen sind dürftig, wie die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren überhaupt. Auffällig ist, daß die Beamtinnen nach wie vor einen völligen Mangel an Arbeiterinnenverkehr in ihren Bureaus zu berichten haben, nur die Dresdener Inspektorin macht eine Ausnahme von der Regel. Sie wurde von 58 Personen aufgesucht. In dieser Besuchsziffer, so heißt es in den Mitteilungen, sind auch mehrere weibliche Angehörige der höheren Stände inbegriffen. Doch sollen im Bezirk Dresden die Arbeiterinnen eine zunehmende Neigung bekunden, sich in strittigen Angelegenheiten um Rat und Auskunft an die Beamtin zu wenden. In 5 Fällen wurde auf Grund eingelaufener Anzeigen zu Revisionen geschritten. Sittlich bedenkliche Vorkommnisse in einem großen Betrieb erforderten, wie berichtet wird, ein mehrmaliges Einschreiten. Die Beamtin in Leipzig ist bei der Bekämpfung der unzulässigen Beschäftigung von Kindern beim Austragen von Frühstücken und Zeitungen wesentlich von der Kinderschutzkommission unterstützt worden, die von den sozialdemokratischen Frauen Leipzigs eingesetzt worden ist. Von dieser Kommission gingen der Beamtin 14 schriftliche Mitteilungen über ungehörige Kinderausnützung zu. Sie führten in den meisten Fällen zur Einstellung der Kinderarbeit, zweimal auch zur Anzeige und Bestrafung der Unternehmer.

Die Zahl der von den Inspektorinnen vorgenommenen Revisionen ist beträchtlich. Es wurden täglich im Durchschnitt mehr als fünf solcher Betriebe revidiert, in denen Kinder beschäftigt waren, so daß im Jahre auf eine Beamtin mehr als 1600 der betreffenden Revisionen allein entfallen, die jedenfalls zumeist in Heimarbeitsstätten vorgenommen wurden. Die Dresdener Beamtin hat 284 verschiedene Ortschaften an 181 Reisetagen besucht. Zweimal hat diese Dame auch Nachrevisionen vorgenommen. Einigmal wurden nachts Industrieorte durchwandert, in denen die Heimarbeit stark vertreten war. Es wurden dort zwar keine Revisionen vorgenommen, aber der nächtliche Umgang, der bekannt geworden war, genügte, um die Einstellung der Nacharbeit zu bewirken — auf wie lange, das ist freilich eine andere Frage.

Die Beaufsichtigung der Kinderarbeit in der Hausindustrie ist zweifellos äußerst schwierig. Es kommen eine Anzahl solcher Arbeitsstätten in Betracht, die vielfach schwer aufzufinden sind und mühsam und umständlich erst erfragt werden müssen. Das aber ist um so schwieriger, je größer der Ort ist. Eine Besserung ist in dieser Beziehung kaum zu erwarten. So meldet die Inspektorin des Dresdener Bezirkes, daß die Revisions-tätigkeit auf dem Gebiet der Haus- und Heimindustrie 1906 mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte wie in den vorhergehenden Jahren. Da aber hatte sie geschilbert, daß selbst Lehrer und Gemeindevorstände aus Scheu vor Unannehmlichkeiten keine Angaben über solche Heimarbeitsstätten machten, wo die Kinderarbeit besonders rücksichtslos betrieben wurde. Und im letzten Berichte teilt sie mit, daß in Ermangelung jedes Anhaltspunktes die Revision der Heimarbeit noch nicht auf die großen und mittleren Städte hat ausgedehnt werden können. Die zahllosen Stätten hausindustrieller Kinderausbeutung in den größeren Städten des Landes sind also überhaupt noch nicht von einer Kontrolle bekräftigt worden.

Aber auch sonst ist die Revisions-tätigkeit mit Schwierigkeiten verbunden. Das verrät unter anderem auch eine Bemerkung der Chemnitzer Beamtin. „Hinsichtlich des Kinderschutzgesetzes“, schreibt sie, „ist in erster Linie von der zunehmenden allgemeinen Kenntnis des Gesetzes zu berichten. Mit dieser hat sich aber gleichzeitig eine unverkennbare Geschicklichkeit in den Versuchen der Gesetzesumgehung herausgebildet. So ist mehrfach wahrzunehmen gewesen, daß Kinder, namentlich solche, die von ihren Eltern beschäftigt wurden, mit den Altersangaben nicht bei der Wahrheit blieben oder angaben, für ihre Eltern zu arbeiten, während sie für Dritte beschäftigt waren. Auch die fremden Kinder sind in falschen Angaben über ihre Arbeitszeit meist gut geübt, so daß die Kontrolle sehr erschwert wird und einen bedeutend größeren Zeitaufwand erfordert.“ Zu alledem kommt noch, daß die Zahl der Aufsichts-beamtinnen völlig unzureichend ist. Ganze 5 Beamtinnen sollen in dem mit Hausindustrie und Heimarbeit besonders begünstigten Sachsen die Einhaltung des Kinderschutzes überwachen!

Unter den obwaltenden Umständen ist es kein Wunder, daß das Kinderschutzgesetz noch fast gar nicht beachtet wird, namentlich nicht in der Hausindustrie. Die Chemnitzer Beamtin hat in 429 Betrieben 648 Verstöße ermittelt und in 31 von diesen wurden bei wiederholten Revisionen erneut Zuwiderhandlungen festgestellt. Anzeige wurde erst in den letzteren Fällen erstattet, in den übrigen ließ man es bei Verwarnungen bewenden.

Es ist nicht möglich, alle Verstöße einzeln zu erwähnen. Hervorgehoben sei, daß sich im Zwickauer Bezirk das Lumpensortieren als Heimarbeit eingebürgert hat. Es läßt sich denken, welche Zustände in Wohnungen einreißen, wo die Not die Bewohner zu solch unreinlichen und ungesunder Arbeit zwingt, bei der durch Staubentwicklung und seine Fasern besonders die Atmungsorgane gefährdet werden, von der Gefahr der Ansteckung mit Krankheiten zu schweigen. Daß bei dieser Arbeit auch Kinder beschäftigt werden, ist um so bedenklicher.

Einen sonderbaren Erfolg hat die Inspetorin der Kreis-hauptmannschaft Zwickau zu verzeichnen und berichtet breit auf einer Viertelseite darüber. Es ist ihr in Grimmitzau gelungen, eine Anzahl Frauen und Mädchen zu gefelligen Zusammenkünften im — nationalen Arbeiterverein zu bewegen. Die Gründung nationaler Kaffeetränzchen, die eines Tages als Streikbrecherorganisationen funktionieren sollen, ist wahrlich nicht die Aufgabe, für welche die Gewerbeaufsichtsbeamten angestellt und aus dem Steuerfädel des Volkes bezahlt werden. Daß diese Art der Betätigung nicht geeignet ist, das Vertrauen der Arbeiterinnen zu den Beamtinnen zu erhöhen, liegt auf der Hand. Mögen die aufgeklärten Arbeiterinnen derartigem groben Unfug entgegenwirken. E. N.

Ein landwirtschaftliches Kulturbild.

Der Harz, die landwirtschaftliche Perle Preußens, zeichnet sich nicht nur durch seine herrlichen bewaldeten Berge und Täler aus, sondern auch durch erbärmliche Lohnverhältnisse. Sowohl in den gewerblichen als auch in den landwirtschaftlichen Betrieben wird die weibliche Arbeitskraft besonders schlecht bezahlt. Als typisch für die Verhältnisse in der Landwirtschaft können die Löhne bei der Firma Dippe Quedlinburg betrachtet werden. Diese Firma beschäftigt in allen ihren Betrieben (zum Teil Gartensamereien, zum Teil Ackerbau) zirka 3000 Personen. Hierunter befinden sich vielleicht 1000 Mädchen und Frauen und 500 bis 600 Kinder. Die letzteren werden während der Ferien den ganzen Tag beschäftigt, und sie verdienen 30 bis 50 Pf. pro Tag. Morgens, wenn der Tag zu grauen beginnt, sieht man diese armen Proletarierkinder stundenweit aus den umliegenden Ortschaften zur Fronburg wandern, in sinkender Nacht kommen sie wieder nach Hause. Das sind die Ferien dieser Bedauernswerten; so erleben sie ihre Kindheit! Frauen und Mädchen erzielen Löhne von 80 Pf. bis 1,20 Mk. Dafür muß eine zwölf- und mehrstündige mühselige Arbeit entweder bei der Samenernte oder in den Packräumen geleistet werden. Der Lohn der Männer hebt sich um 30 bis 50 Prozent über den an Frauen gezahlten hinaus.

Geradezu jammervoll sind die Verhältnisse auf den Gütern. Die Firma Dippe besitzt deren mehrere, die ähnliche Konzentrationsstendenzen aufweisen wie die Großbetriebe in der Montanindustrie. Die Firma ist an einem landwirtschaftlichen Krust beteiligt, der drei Güter — Haus Meindorf, die Güter Hedersleben und Ditsfurt — und eine Zuckerrübenfabrik umfaßt. Das Haus Meindorf war früher eine Staatsdomäne und ist vor sechs Jahren zum Preise von 1 1/2 Millionen Mark in den Besitz Dippes übergegangen. Dieses Gut, auf welchem jetzt ungefähr 100 Personen beschäftigt werden, wird zusammen mit den anderen genannten, an denen Dippe finanziell auch beteiligt sein soll, unter einer Verwaltung bewirtschaftet. In der Hauptsache werden Arbeiter und Arbeiterinnen aus Polen, Galizien und Rußland beschäftigt. So bedürfnislos diese auch sind, in den letzten Monaten kam es doch mehrmals zu Konflikten, bei denen die Arbeiter natürlich den kürzeren zogen. Der Landwirtschaftsminister hat die Behörden auf seiner Seite; die „Rebellen“, die unter allerhand Vorspiegelungen angelockt wurden, werden kurzerhand wieder über die Grenze gebracht. Solche Forsche wirkt bei den anderen, sie lassen alle Hoffnung fahren, im Rechtsstaate Preußen Schutz und Hilfe zu finden, und beugen sich bedingungslos unter die Unternehmerrückel. Ein Bildchen, das diese Art der „Kultur“ illustriert, war am 2. Juli auf Haus Meindorf zu beobachten. Den dort beschäftigten russischen Arbeitern war kontraktlich ein Tagelohn von 1,50 Mk., den Frauen ein solcher von 1,20 Mk. garantiert; außerdem war einigen Leuten aber auch Akkord für Mähen bestimmt in Aussicht gestellt worden. Die Verwaltung zog es jedoch vor, den Leuten keine Mäharbeit zuzumessen, woraufhin zwei Mann die Arbeit verweigerten. Da auch die übrigen Arbeiter sich benachteiligt fühlten und aus verschiedenen Gründen unzufrieden waren, übten sie Solidarität: sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die gemeinsam in einer Kaserne wohnen, verweigerten die Weiterarbeit. Das war am Morgen. Die Gutsverwaltung rief telephonisch die bewaffnete Macht zusammen. Zwei Gendarmen bemühten sich zunächst vergeblich mit ihrer Autorität, die Leute an die Arbeit zu treiben und die beiden „Mädelsführer“ zu veranlassen, freiwillig aus der Kaserne herauszukommen. Die feindliche Haltung der Streikenden ließ es den Gendarmen rätlich erscheinen, zunächst noch Verstärkung abzuwarten, ehe sie zum „Sturm“ auf die „Streikerburg“ vorgingen. Die der Gutsverwaltung durchaus nicht freundliche Stimmung der Dorfbewohner, die ihren

Unmut durch Zurufe zu erkennen gaben, mochte zu der Vorsicht mit beigetragen haben. Nachmittags hatte sich die „gesetzliche Macht“ durch Zugang aus Thale, Halberstadt usw. auf acht Gendarmen verstärkt. Nach kurzer Beratung und Festlegung des Kriegsplanes ging es mit herabgelassener Schuppenkette, die Plempe in der Hand, in die Burg hinein. Bald hatte man den einen Mädelsführer denn auch glücklich hinausgebracht. Eine der Frauen, die sich der Verhaftung der Männer widersetzen wollte, wurde in einen Stall eingesperrt. Einige Mann blieben bei dem gefesselten Verhafteten draußen, der andere Teil der bewaffneten Macht stürmte wieder in die Burg hinein, um den zweiten Streikführer herauszuholen. Zunächst fand man ihn nicht. Die Frauen hatten ihn in die Betten gesteckt und sich auf diese gelagert. Natürlich hatten die Gendarmenfauste den Widerstand bald beseitigt; die Arbeiterinnen sind hier ja an derbe Fauste gewöhnt. Die beiden Aufrührer wurden dann zusammengeschlossen, als seien sie gefährliche Ein- und Ausbrecher, und dann zum Herrensitz transportiert. Die in dem Stall eingesperrte Frau erlangte die Freiheit wieder, nachdem es ihren hundenlangen Bemühungen gelungen war, die verbarrlichte Tür aufzustößen; sonst hätte man sie auch wohl die Nacht über in dem Gefängnis belassen. Den Gefangenentransport begleiteten sämtliche Arbeiterinnen; mit Stoßschlägen nach ihren Händen wurden sie daran gehindert, das Tor zum Gutshof zu öffnen und in den Hof einzudringen. Nach dem Verhör auf dem Gutshof wurden die Verurteilten abgeführt, nachts in einem Amtsgefängnis interniert und am nächsten Tag per Schub über die Grenze gebracht. Die Junker werden bedauern, daß ein solches abgekürztes „Rechtsverfahren“ nicht auch den einheimischen Streikführern gegenüber möglich ist. Mit der Entfernung der Männer war erklärlicherweise der Widerstand der Frauen gebrochen; am nächsten Tage ließen sie sich wieder an die Arbeit treiben.

Wie diese Armen leben, läßt ein Blick in ihre Behausung ahnen. Die erwähnte Kaserne besteht aus einem zweistöckigen Gebäude. Die einzelnen Räume dienen zugleich als Küche, Wohn- und Schlafraum. An einer Wand steht ein großer primitiver Ofen, der andere Raum an den Wänden entlang ist von den dicht aneinander stehenden Lagerstätten eingenommen, bestehend aus eisernem Gestell, Strohsack und Decke. 20 bis 30 Personen hausen in einem Raum. In der Mitte des holperig gebielten „Salons“ steht zwischen Bänken ein Kistentisch, der gleichzeitig als Schranke dient. Ebenso wie der Tisch besteht auch der Unterteil der Bänke aus verschleißbaren Kästen zur Bergung der Habseligkeiten. Über den Lagerstätten hängen einige einfache Kleidungsstücke; außerdem sieht man noch einiges Kochgeschirr. Das ist die ganze Ausstattung der schmutzigen, unfreundlichen Räume. Da die Fenster nicht verhangen sind, kann man von draußen die ganze Herrlichkeit überblicken. Eine notdürftige Verhängung der Fenster am Abend kann wohl vor neugierigen Blicken schützen, nicht aber wird dadurch der Schaden verschiedener fehlender Fenstercheiben behoben.

Die einheimische Bevölkerung entzieht sich der gutsherrlichen Willkürschaft nach Möglichkeit durch Abwanderung, die betörten fremden Arbeiter dagegen sind der Mißhandlung und Ausnützung unter behördlicher Beihilfe schutzlos preisgegeben. Solche agrarische Idylle erklärt den Haß der Agrarier gegen die moderne Arbeiterbewegung; in dieser erkennen sie die einzige Gefahr für ihre selbstherrliche, durch keine moralischen Bedenken gemilderte Verachtung der Arbeiter. Die bürgerlichen Parteien schühen die brutale Ausnützung der Landproletarier, indem sie im Bunde mit dem Junkertum die Gesindeordnung und das Koalitions- respektive Streikverbot für die Landarbeiter aufrecht erhalten. Hier Breche zu legen ist eine Kulturaufgabe der Sozialdemokratie. W. D.

Von der Hamburger Dienstbotenbewegung.

Seit November v. J. haben sich die Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen Hamburgs, ihre Interessen und unsere Zeit verstehend, in einer freien Organisation zusammengeschart und den Gewerkschaften angeschlossen. Wie sehr die Bewegung und die Gründung einem Bedürfnis entsprach, zeigen die Tatsachen. Die erste öffentliche Dienstbotenversammlung brachte der Organisation bereits über 200 Mitglieder. Im Januar zählte diese 500 im März 800 Mitglieder, und heute müßte sie deren zirka 2500. Wahrlich ein Resultat das uns für die unsäglich beschwerliche Arbeit im Dienste unseres Ideals in etwas zu entschädigen vermöchte. Doch 2500 Organisierte sind noch lange nicht 82000, und so groß ist die Zahl der in Hamburg bediensteten Mädchen. Ziehen wir dazu in Betracht, daß hier die Fluktuation in unserem Berufe sehr groß, der Stellenwechsel ein sehr häufiger ist, weil die 14tägige Kündigung gilt, so darf uns der rapide Ausschlag unserer Organisation nicht sicher für die Zukunft machen. Es bedarf durchaus andauernder zäher Arbeit innerhalb der Massen der ihr noch fernstehenden Mädchen und innerhalb unseres Vereins, um demselben eine gesunde Fortentwicklung womöglich im gleichen Tempo zu sichern. Unsere Mitglieder werden nicht nur durch öffentliche Versammlungen, sondern auch durch Hausagitation gewonnen. Sie werden mittels Hausagitation und Hauskaffierung erhalten. Beides sind aber Dinge, die viel Zeit, unendliche Mühe und Geduld erfordern. Davon abgesehen dürfen wir die größte Schwierigkeit nicht verkennen, die sich der Organisierung der Mädchen entgegenstellt: das mangelhaft ausgebildete Klassenbewußtsein. In dieser Beziehung ist bisher in nicht wenigen Arbeiterfamilien ge-

sündigt worden. Es wäre eine durchaus falsch angebrachte und sich bitter rächende Nachsicht, wollten wir das nicht mit aller Schärfe betonen.

Die Erkenntnis, daß wir alle, die wir nur unsere Arbeitskraft, sei es die physische, sei es die geistige, in den großen Daseinskampf einsetzen können, eine Klasse für uns bilden, die Klasse der Ausgebeuteten, die in unüberbrückbarem Gegensatz zu der Klasse der wirtschaftlich starken Ausbeuter steht: diese Erkenntnis wird den Kindern der Arbeiter noch viel zu wenig klar gemacht und eingepreßt. Die Eltern in unserer Klasse sind begreiflicherweise von dem Wunsch besetzt, ihren Kindern das Leben etwas leichter machen zu wollen. Und um diesen Wunsch zu erfüllen, suchen recht viele ihren Kindern zu einer „gut bürgerlichen Existenz“ zu verhelfen. „Unser Kind lernt sehr gut! Wir werden unsere erraderten Spargroschen — die oft genug mit dem Verlust der Gesundheit und dem Verzicht auf jegliche Lebensfreude erkaufte sind — zu seiner weiteren Ausbildung verwenden. Es wird dann als Beamter, als gutbetalteter Kaufmann, es wird als Erzieherin, Buchhalterin usw. einen weniger harten Lebensweg gehen können als wir.“ Das hört man recht häufig. Der Erfolg der Opfer, die dieser Hoffnung zuliebe gebracht werden, ist bei dem ungeheuren Angebot von Kräften auf dem Gebiet der betreffenden Berufe ein durchaus unsicherer. Statt sich in Sehnsucht nach einem „Herrn“ Sohn oder einer „Fräulein“ Tochter zu verzehren, sollten die Eltern lieber alle in ihren Kindern ruhenden und aufblühenden Geistes- und Charakterkräfte für den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes erziehen und stählen, statt dem Gegner, der heutigen Gesellschaft Stützen und Hilfsstruppen zuzuführen. Als Folge der verkehrten Auffassung und Erziehung daheim haben viele Dienstmädchen die Ansicht, daß die häusliche Arbeit etwas Erniedrigendes sei. Daher suchen sie ihr sobald als möglich zu entgehen, statt dafür zu kämpfen, daß diese Arbeit nach ihrer großen Wichtigkeit gewürdigt und entlohnt werde. Unsere Agitation unter den Dienstmädchen muß diese falsche Ansicht ganz energisch belämpfen. Sie muß die Mädchen zum Klassenbewußtsein und zum Klassenstolz erziehen. Der Anfang dazu muß aber damit gemacht werden, daß wir ihnen die Bedeutung und den Wert ihrer Arbeit klar machen. Ihrer Arbeit wegen sollen sie sich nicht für weniger halten als etwa das faulenzende Fräulein des Hauses. Sie müssen mit dem Bewußtsein von dem gesellschaftlichen Wert jeder notwendigen und nützlichen Arbeit durchdrungen werden. Nicht sich sollten sie zu gut für die häuslichen Obliegenheiten halten, die doch Pflichten ihres künftigen Wirkungskreises als Gattinnen und Mütter sind, sondern lediglich das mittelalterlich anmutende Dienstverhältnis, in dem sie die häuslichen Arbeiten verrichten müssen, sollte ihnen nicht gut genug sein. Dagegen sollte sich ihr besseres Ich empören. Mit allen Kräften müßten sie ihrer errungenen Erkenntnis nach dafür kämpfen, daß Remedur geschaffen wird.

Es ist die Aufgabe der Hamburger Genossinnen, bei ihrer Agitation unter den Dienstmädchen das alles zu berücksichtigen. Geschieht das, so wird auf Seiten der Mädchen der Wille nicht auf sich warten lassen, Dienstverhältnisse nur noch auf Grund des rechtlich unanfechtbaren Vertrags einzugehen, den Genosse Stadthagen ausgearbeitet hat, und der natürlich den örtlichen Umständen angepaßt werden muß. Der Vertrag setzt die Gesindeordnung außer Kraft und sichert den Dienenden bessere Arbeits- und Daseinsbedingungen. Beweis ist von den Gesindeordnungen Deutschlands die Hamburger die beste. Allein Gesindeordnung bleibt sie trotz alledem. Auch nach ihr muß der Dienstbote seinen Rechtsschutz stets an erster Stelle bei der Polizei seines Wohnbezirkles suchen, von der als Vertreterin des kapitalistischen Klassenstaats kaum ein unbefangenes Urteil erwartet werden darf, davon zu schweigen, daß bei ihr recht oft der in der Kaserne geforderte Kadavergehorsam Trumpf ist. Unsere Agitation muß es mit der Zeit dahin bringen, daß kein Mädchen in Hamburg, das etwas auf sich und seine Arbeit hält, anders Stellung annimmt als bei Herrschaften, die den Vertrag anerkennen. Daß wir aber dieses Ziel erreichen, daß es den Mädchen möglich wird, dank des Vertrags die unerträgliche persönliche Unfreiheit, Rechtlosigkeit und Bevormundung abzuschütteln, die jetzt nur zu häufig das Merkmal eines Dienstverhältnisses ist, das ist an eine unerlässliche Bedingung geknüpft. Sie heißt: Organisation, und zwar nicht Organisation in einem Harmonietränzchen mit der „gnädigen Frau“, nein, gewerkschaftliche Organisation auf dem Boden der Erkenntnis, daß Dienende und Herrschaften entgegengesetzte Interessen haben. Wo und wie wir Dienstmädchen begegnen, müssen wir bestrebt sein, sie ihrer Organisation zuzuführen.

Ein wichtiges Mittel, die Ausbreitung der Organisation unter den Dienenden zu fördern, ist der eigene Stellen-nachweis durch die Organisation. Der in Hamburg seit Februar des Jahres bestehende Stellenachweis unseres Dienstbotenvereins kann recht eigentlich als das Rückgrat desselben betrachtet werden. Er befindet sich im großen neuen Gewerkschaftshaus, Wesenbinderhof 66/57 I, 3. 2b, und der Umfang, in dem er seitens der Herrschaften, auch der sogenannten besseren Häuser, in Anspruch genommen wird, läßt erkennen, wie groß die Macht der Mädchen ist. Keine Gewerkschaft hat ein gleich günstiges Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu verzeichnen, wie unser Verein. Die Nachfrage nach tüchtigen Mädchen übersteigt das Angebot, wenn nur unsere Mädchen die Situation auszunutzen verständen! Nachfrage und Angebot stehen zueinander wie 3 zu 1. Wahrlich ein Verhältnis, um das uns sämtliche Gewerkschaften beneiden könnten. Die Herrschaften sind schon heute zum Entgegenkommen bereit, wenn sie nur tüchtige, solide Mädchen bekommen. Seit einiger Zeit

haben wir begonnen, den Herrschaften unseren Dienstvertrag, dem die Stadthagensche Vorlage zugrunde liegt, in Flugblattform zuzustellen. Es wird harte Kämpfe kosten, ihm Anerkennung zu verschaffen, doch der Dienstmädchenmangel an Orte wird uns zum Erfolg verhelfen, wenn — die Mädchen selbst nur wollen, sich in großer Zahl unserem Verein anschließen und nur durch seine Vermittlung in Stellung treten. Unsere Agitation muß darauf hinwirken, daß der Stellennachweis den Mädchen allgemein bekannt wird, auch denen, die noch nicht organisiert sind. Er muß ein Mittel sein, die Unorganisierten dem Verein zu gewinnen und die Organisierten treu bei der Fahne zu halten. Jedes Mädchen muß lernen, es als selbstverständlich, als Ehrenpflicht zu betrachten, nur den Stellennachweis der Organisation zu benutzen.

Aber nicht nur die Dienstmädchen, auch die Frauen, die im Taglohn häusliche Arbeiten verrichten, sollten sich unserem Verein anschließen. Ihr eigenes Interesse fordert das, denn ihre Arbeitsbedingungen sind nichts weniger als rosige. Sie, die durch Waschen, Reinmachen usw. versuchen, ihren kümmerlichen Lebensunterhalt etwas zu verbessern, müßten alle der Organisation angehören. Und damit nicht genug. Sie alle, die dem Verein gewonnen sind, müßten durch Agitation von Arbeitskollegin zu Arbeitskollegin zur Entwicklung unserer Organisation mithelfen. Unser Tarif bringt den ausgebeuteten Taglohnarbeiterinnen eine Verbesserung: 10 Arbeitsstunden und 2,50 Mk. pro Tag. Unsere Agitation, unsere Organisation muß den Tarif zur Durchführung bringen. Im eigenen Interesse und in dem ihrer Kolleginnen darf keine Wasch- und Reinmachefrau sich anbieten, billiger und länger zu arbeiten, als der Tarif es bestimmt. Es ist nur ein Gebot der Selbsthaltung, daß diese häuslichen Arbeiterinnen ihre Arbeitskraft nicht billiger verlaufen und nicht auf äußerste ausnützen lassen. Ihr Vermögen sind ihre gesunden Arme. Wer nicht mehr arbeiten kann, hat in der heutigen Gesellschaft keine Lebensberechtigung verloren. Darum sollten auch die Waschfrauen usw. beiseite sorgen, daß sie ihre Kräfte sparen. Die staatliche Fürsorge für ihren Lebensabend, die Altersrente, empfangen sie erst mit dem 70. Jahr — wenn sie das erreichen! Bis zum 70. Jahre müssen sie arbeiten können! Dienende und häusliche Tagelöhnerinnen können sich nur auf sich selbst verlassen! Das muß unsere Agitation ihnen klar machen. Sie muß sie mit dem Gefühl ihrer Menschenwürde erfüllen, das Gnadenbrocken zurückweist, durch jahrelange Unterwürfigkeit und Kraftvergeudung tausendfach erkaufte. Sie muß sie anrufen, gerechte Bezahlung und Behandlung für geleistete Arbeit zu fordern. Sie muß sie der Organisation zuführen, die sie erzieht und ihnen die Macht verleiht, für ihre Forderungen kämpfen zu können. In der Hamburger Dienstbotenorganisation ist die richtige Erkenntnis lebendig. Sie wird sich gesund weiter entwickeln, den Hausfrauenvereinen und ähnlichen Vereinen des Caiaopeia zum Trutz, den Dienenden und häuslichen Tagelöhnerinnen zum Schutz.

Helene Rolfs.

Beschlüsse des Parteitag zu Essen.

I. Alkoholfrage.

Die Gefahren des Alkoholgenußes sind mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Verelendung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuß und damit dessen Schädlichkeit gesteigert: die Überanstrengung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Mißstände und die aus ihnen hervorgegangenen Trinksitten wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuß von Alkohol aufgezwungen und angewöhnt.

Diese Gewöhnung hat aber zur Folge, daß auch, wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum übermäßigen Alkoholgenuß geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entsagt werden kann.

Die bürgerlichen Alkoholgegner stellen in der Regel den Alkoholismus als die vom Volke selbst verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den angeblich bösen Willen des Trinkers brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessenvertreter haben an der Beseitigung des Alkoholismus nur insoweit Interesse, als sie durch die Lasten für seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nachteil erleiden.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des Alkoholismus können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuererhöhungen eingedämmt oder gar beseitigt werden. Trunksüchtige zur Bestrafung der Trunkenen sind nichts als Ausnahmeerlasse gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunksüchtige ist nicht dem Strafrichter zu überantworten, sondern wie jeder andere Kranke in ärztliche Behandlung zu nehmen; aus öffentlichen Mitteln sind Heilstätten für Trunksüchtige unter ärztlicher Leitung zu errichten und zu erhalten.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholgenuß nur aus der Öffentlichkeit des Wirtschaftshauses in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den

Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr plündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie seinen Verbrauch nur ganz unwesentlich einschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholgefahr fordert der Parteitag: Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden, Verbot der Nacharbeit oder bei ununterbrochenem Betrieb ausreichender Schichtwechsel, genügende Ruhepausen während der Arbeit, Verbot des Kreditierens und Verkaufens oder Viefierung an Stelle von Barlohn aller alkoholischen Getränke durch Arbeitgeber oder deren Angestellte an die von ihnen beschäftigten Arbeiter (Trucksystem), ausnahmsloses Verbot der Stellenvermittlung in Verbindung mit Schankbetrieb, Kleinhandel mit alkoholischen Getränken und Beherbergung, durchgreifende gewerbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, Beseitigung aller die Lebenshaltung verteuernenden indirekten Steuern, sowie des Boden- und Wohnungswuchers.

Hebung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechend den Zeitfäden des Mannheimer Parteitag über Volkserziehung. Eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volksheime und Veschallen.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen und Auszahlung von Streikunterstützung jeden Trinkzwang zu vermeiden, für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholgenuß verleitenden Trinksitten zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Diesen allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholgefahr führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Klassenbewußten Arbeiterschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern und sie lehren, statt im Alkoholgenuß Genuß und Vergessenheit zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung Genuß, Erholung und Freude zu finden.

II. Maisfeier.

Unter Aufrechterhaltung des Mannheimer Beschlusses zur Maisfeier beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand die Ermächtigung zu erteilen, die Verhandlungen mit der Generalkommission auf den Vorschlägen der Stuttgarter Delegation weiterzuführen.

III. Die Verbreitung der „Gleichheit“.

Um unserer „Gleichheit“ diejenige Verbreitung zu sichern, die ihr als führendes Organ der sozialdemokratischen Frauen in den Reihen des Proletariats gebührt, verpflichtet der Parteitag die agitatorisch tätigen Genossen und Genossinnen, bei jeder Gelegenheit für das Abonnement der „Gleichheit“ genau so zu wirken, wie sie für das Abonnement unserer Tagespresse tätig sind. Den Redakteuren unserer Parteipresse empfiehlt der Parteitag, von Zeit zu Zeit im redaktionellen Teil unserer Tagespresse die „Gleichheit“ zu empfehlen und zum Abonnement derselben aufzufordern.

IV. Errichtung eines Preszbureaus für die sozialdemokratische Partei.

§ 1. Die Partei errichtet ein Preszbureau in Berlin.

§ 2. Ausgabe des Bureaus ist:

1. Die Übermittlung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur an die Parteipresse.

2. Die Beschaffung gesetzgeberischen und statistischen Materials für die Parteipresse.

3. Die Herausgabe der Parteikorrespondenz.

§ 3. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wird ein Berichterstatter und Mitarbeiterdienst eingerichtet.

Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Preszbureaus ist die Viefierung politischer Leitartikel, sowie die Behandlung parteitaktischer und parteitheoretischer Fragen.

§ 4. Der Nachrichtendienst erfolgt telephonisch, telegraphisch und brieflich.

§ 5. Die Einrichtung des Bureaus, die Anstellung der Redakteure, der Berichterstatter und des Hilfspersonals obliegt dem Parteivorstand, welchem zu diesem Zwecke fünf Redakteure der Parteipresse als Beirat zur Seite stehen.

Der Beirat hat in allen das Preszbureau betreffenden Angelegenheiten beschließende Stimme.

Ein Mitglied des Beirats kann nicht Angestellter des Bureaus sein.

§ 6. So oft Angelegenheiten des Bureaus zur Beratung kommen sollen, hat der Parteivorstand die Mitglieder des Beirats rechtzeitig mit Angabe der Tagesordnung zu dieser Sitzung einzuladen. In der Regel sollen diese Sitzungen alle drei Monate stattfinden.

§ 7. Die in dem Bureau angestellten Redakteure haben das Recht, zu jeder Sitzung einen ihrer Kollegen als Vertreter mit beratender Stimme zu senden.

§ 8. Die Mitglieder des Beirats werden alljährlich durch die Parteileitung gewählt.

§ 9. Die Einrichtungskosten des Preszbureaus werden von der Parteikasse getragen. Die laufenden Unterhaltungskosten des Nachrichten- und Mitteilungsdienstes sind mit Ausnahme der auf die Parteikorrespondenz entfallenden Kosten dermaßen aufzubringen, daß die Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Parteiblätter, die telegraphischen und telephonischen Dienst beanspruchen, haben die Gebühren zu erstatten.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Mitte September tagte in Dresden eine Versammlung der Genossinnen der drei Dresdener Kreise, in welcher Genossin Lewinsohn von der Internationalen Frauenkonferenz Bericht erstattete und einen Überblick über den Stand der sozialistischen Frauenbewegung in allen Ländern gab. In der Diskussion wurde es begrüßt, daß durch die Konferenz und den Kongress bestimmt und klar Direktiven für den Kampf um das Frauenstimmrecht gegeben worden sind. Genossin Heidemann rügte den Ausschluß der bürgerlichen Presse von der Konferenz. Des Weiteren nahm die Versammlung Stellung zu der Ungültigkeitserklärung der beiden sächsischen Frauenmandate und beschloß, in dieser Angelegenheit eine Beschwerde an den Essener Parteitag zu richten. Mit einem Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter schloß die Versammlung.

Martha Tröger.

In einer öffentlichen Frauenversammlung zu Ottenfen referierte Genossin Baumann über „Die Frauenwahlrechtsfrage“. Sie wies darin auf die Tatsache hin, daß nur die Sozialdemokratie jederseit für das Frauenwahlrecht eingetreten sei und noch eintrete, und betonte, daß die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen das Frauenwahlrecht zwar auch forderten, aber aus anderen Gründen wie die Proletarierinnen. Die Referentin führte diese Gründe näher aus, welche es unmöglich machen, daß die sozialdemokratischen Frauen sich der bürgerlichen Frauenbewegung anschließen. Nach dem Referat gab Genossin Baumann einen Überblick über die Verhandlungen der Internationalen Frauenkonferenz und des Internationalen sozialistischen Kongresses. Am Schlusse des Vortrags, der mit Beifall aufgenommen wurde, forderte sie die Frauen zum Anschluß an die proletarische Frauenbewegung und zu deren Unterstützung auf. Darauf erstattete Genossin Schönfelder Bericht vom Provinzialparteitag und Genossin Lund von der Frauenkonferenz in Pinneberg. Genossin Lund legte außerdem Rechenschaft ab über ihre Tätigkeit als Vertrauensperson im verflohenen Jahr. Sie wurde als Vertrauensperson wiedergewählt; zu Revisorinnen wurden die Genossinnen Kimmerring, Schütt und Schmidt ernannt. Eine größere Anzahl Frauen kamen der Aufforderung nach, die „Gleichheit“ zu abonnieren und sich dem Kreis der Genossinnen anzuschließen, welche freiwillige Parteibeiträge zahlen.

Emilie Lund.

Von den Organisationen. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen zu Schönebeck bei Magdeburg, der seit ungefähr vier Monaten besteht, hat jetzt 50 Mitglieder, die mit wenigen Ausnahmen auch alle Gesinnungen der „Gleichheit“ sind. Es war anfangs sehr schwer, den Verein vorwärts zu bringen, doch ist es jetzt gelungen, einige Genossen zu finden, welche in den Mitgliederversammlungen Vorträge halten. Bedauerlich ist es, daß gerade die Frauen von tüchtigen Parteigenossen, die an der Spitze der Bewegung am Orte stehen, der Organisation noch nicht angehören. Das wurde auch in einer Mitgliederversammlung des Vereins gerügt, die Anfang September stattfand, und in welcher Genosse Bach über „Die Verteuerung der Lebensmittel“ referierte. An der Hand eines reichhaltigen Materials führte der Referent den Anwesenden vor Augen, zu welcher beträchtlichen Höhe die Verteuerung der Lebensmittel seit einigen Jahren für einen Familienhaushalt gestiegen ist, und schilderte den Nutzen der Konsumvereine. In der Diskussion sprachen verschiedene Genossinnen den Wunsch aus, daß der Konsumverein am Orte sich auch mit dem Verkauf von Kartoffeln und Brennmaterialien befassen möge. Auch die Milchfrage wurde besprochen. Die Vorsitzende teilte am Schlusse der Versammlung mit, daß in nächster Zeit ein Vortrag über Mutterschutz gehalten werde und ersuchte um rege Teilnahme an der betreffenden Versammlung. Mehrere Frauen ließen sich in den Verein aufnehmen.

In Köppelsdorf (S.-M.) wurde im Mai dieses Jahres ein Verein für die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse gegründet. Den Anstoß dazu gab der Ausfall der letzten Reichstagswahlen und die Empörung über die gemeinen Verleumdungen und Beschimpfungen, mit welchen die Gegner die hiesigen Arbeiterfrauen wegen ihrer Mitarbeit bei den Wahlen überschütteten. Besonders war es die hiesige bürgerliche Zeitung, genannt „Sonnenberger Lante“, welche in den gemeinsten Redensarten ihrem Argverdrub über die Arbeiterfrauen Luft machte. Das brachte den Frauen die Notwendigkeit zum Bewußtsein, sich zusammenzuschließen und gemeinsam für ihre Rechte einzutreten. Bis jetzt sind dem Verein 70 Mitglieder beigetreten, gewiß ein Ergebnis, das uns freuen darf. Bei dem regen Interesse, das dem Verein entgegengebracht wird, hoffen wir, ihn vergrößern und ausbauen zu können. Dazu müssen alle Mitglieder helfen. Eine ihrer Hauptaufgaben muß es sein, unablässig für das sozialdemokratische „Volksblatt“ und die „Gleichheit“ zu agitieren und Sorge zu tragen, daß die bürgerliche Presse, die in so unanständiger Weise gegen die Proletarierinnen vorgegangen ist, aus den Arbeiterfamilien verbannt wird.

Berta Ruttig.

Mitarbeit der Frauen am Parteitag. Wie schon seit vielen Jahren nahmen auch heuer an dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Essen Genossinnen teil. Ihre Zahl betrug 16. Als Delegierte waren anwesend die Genossinnen Baader-Berlin, Baumann-Hamburg, Haasbach-Köln, Jennig-Leipzig, Jensen-Kiel, Köhler-Düsseldorf, Lachmeyer-München, Mahn-Magdeburg, Neumann-Weihensee, Plum-Essen, Reichert-Berlin, Töls-Wilmersdorf, Wenzels-Berlin, Witz-Düsseldorf, Zieh-Hamburg. Genossin Zellin wohnte als Mitglied der Kontrollkommission dem Parteitag bei. Genossin Baumann wurde in die Mandatprüfungs-

kommission entsendet, die zugleich als Beschwerdelkommission amtierte. Genossin Jettin ward als Schriftführerin gewählt. Genossinnen griffen wiederholt in die Debatte ein. Genossin Baader bestritt eindringlich und überzeugend beim Geschäftsbericht des Vorstandes eine energische Förderung der proletarischen Frauenbewegung und sprach zum Bericht vom Internationalen Kongress, dabei besonders die Bedeutung des Beschlusses über das Frauenwahlrecht hervorhebend. Genossin Jiez wies gleichfalls bei den Debatten über den Geschäftsbericht des Vorstandes sehr wirksam die Notwendigkeit nach, die Aufklärung der proletarischen Frauen energisch zu betreiben. Sie begründete ferner den Antrag, der sich auf die Verbreitung der „Gleichheit“ bezieht. Genossin Jettin legte bei den Diskussionen über den Bericht der Reichstagsfraktion den Unterschied des Wesens dar, der bürgerlichen und proletarischen Patriotismus trennt, und betonte die Aufgaben, die dem Proletariat und besonders auch dessen Frauen im unverföhnlichen Kampfe gegen den Militarismus erwachsen.

Ernstes und Heiteres vom Kampf zwischen „Roten“ und „Schwarzen“ in Bayern.

Die Frauen des arbeitenden Volkes in Freising und Umgebung haben bekanntlich begonnen, den Schlaf abzuschütteln und sich als Rechtlose zu fühlen, die für ihr gutes Recht kämpfen müssen. Das hat begreiflicherweise die Galle aller derer erregt, die da meinen, nur Herren im feinen Bratenrock und Damen im Kleid neuester Mode hätten einen Anspruch darauf, an der Tafel des Lebens Brot, Bildung und Freiheit serviert zu erhalten, die Millionen der Werktätigen dagegen, die Frauen darunter im besonderen, seien nur geboren, um fremdem Reichtum zu dienen und sich von ihm unterdrücken und beherrschen zu lassen. Mit grimmiger Wut fallen sie über die Bestrebungen her, die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen der Gegend zu bilden und zu Schutz und Trutz zusammenzuschließen. Im Freisinger Tagblatt wollen die Klagelieder und tödlichen Angriffe auf den jungen Frauen- und Mädchenbildungsverein nicht aufhören. „Die sozialdemokratische Frauenbewegung ist noch viel gefährlicher als die Revolutionierung der Arbeitermassen. Sie verdient die ernsteste Bekämpfung. Wer es gut meint mit den Frauen und Töchtern des deutschen Volkes, die die kommende Generation heranzubilden haben, muß diesen Kampf aufnehmen.“ Auf diesen Ton sind alle Melodien gestimmt. Die Hege erreicht natürlich das Gegenteil von dem, was sie bezweckt. Sie macht die Frauen auf den Bildungsverein aufmerksam und trägt das Ihrige dazu bei, daß seine Mitgliederzahl wächst. Aber die Domborgewaltigen versuchen auch auf andere bössartige Weise die Organisation zur Strecke zu bringen. Sie bemühen sich eifrig, die Vorstände durch Drohungen und Versprechungen zum Niederlegen ihres Amtes zu bewegen. Kürzlich wurde sie aus Rathhaus zitiert, wo ein hervorragendes Mitglied des katholischen Kasino, Herr Rechtsrat Hausmann, sein Hirnschmalz vergeblich verschwendete, um „etwas aus ihr herauszuholen“. Bald darauf geruhte ein anderer seiner Herr sogar, die Vorstände in ihrer Wohnung aufzusuchen und sein tiefgefühltes Bedauern auszusprechen, daß sie sich von „den roten Häbelsführern“ habe betören lassen. Er stellte ihr des weiteren jede Hilfe in Aussicht, wenn sie binnen drei Tagen bei dem Polizeioffizianten eine Erklärung abgibt, daß sie ihre Stelle im Verein niedergelegt habe. Unsere brave Genossin gab dem Besucher, der als Besucher gekommen, die rechte Antwort, die er sicher nicht an den Spiegel stecken wird.

Zusammen mit dem Bildungsverein erfreut sich die „Gleichheit“ des ausgezeichneten Passes der Herren, welche die Aufklärung und Organisation der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen für ein verderbliches Ding halten, weil sie den herrschenden Klassen an den Geldsack faßt. „Gerade auf dieses Organ wird man ein Hauptaugenmerk zu richten haben“, heißt es in einer der beliebten verdächtigen und verleumdenden Einsendungen. Und mit vergnüglichem Schmungeln wird auf den papiernen Scheiterhaufen hingewiesen, auf dem das sozialdemokratische Frauenblatt in einer Versammlung der katholischen Arbeiterinnenvereine zu Kolbermoor und Rosenheim zum warnenden Exempel für die betörten Freisinger Frauen geröstet worden ist. In selbiger Versammlung wurde nämlich eine Resolution angenommen, welche die „Gleichheit“ als eine Zeitschrift richtet, welche „die heftigsten Gefühle einer katholischen Arbeiterin mit Füßen tritt“. Natürlich erfolgte die Annahme der Resolution einstimmig, denn wir möchten die Arbeiterin sehen, die in dem Verein unter Vorhitz des Geistlichen gewagt hätte, nicht für sie, geschweige denn gegen sie zu stimmen. Sie würde verdienen, als achttes Weltwunder angestaunt zu werden. Als Beweis für die Berruchtheit der „Gleichheit“ wurden aus dem Zusammenhang gerissene Sätze angeführt, die übrigens auch so noch für jeden, der zu lesen und selbständig zu denken vermag, alles nur keine Herabsetzung der katholischen Religion bedeuten. So zum Beispiel der von der Resolution verdamnte Satz aus einem Artikel von Bernstein: „Die Meritale geben mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts (für die Frauen) das Dogma ihrer eigenen Religion über die Stellung des weiblichen Geschlechtes preis. Das unterdrückte Weib ist die Anhängerin der Geistlichkeit, das befreite Weib wird Sozialistin sein.“ Wir erachten es unsererseits für eine Entweihung und Herabsetzung der Religion, wenn diese mit den politischen Begriffen Meritale und Pfaffen gleichgesetzt wird. Jeder Denker weiß, daß das Kleid nicht den Mund macht, wie ein altes Sprichwort besagt, das aus Italien, dem Lande starker katholischer Frömmigkeit stammt. Der Sprachgebrauch bezeichnet als Pfaffen nicht den ersten Geistlichen, der sich

nur der Pflege des religiösen Lebens seiner Mitgläubigen widmet, wohl aber den Mann, der sein geistliches Amt mißbraucht, um fromme Gemüter über die sehr irdischen Dinge des politischen und sozialen Lebens in die Irre zu führen. Die Resolution brandmarkt die „niedrige Tendenz“, welche in der Erzählung „Die Sau“ angeblich „gegen die katholischen Priester enthalten ist“. Aber sie hätte sich wohl, diese künstlich untergelegte Tendenz durch den Nachweis zu erheben und mitzuteilen, daß es sich um eine frische Humoreske handelt, deren Nachdruck einer der besten Schriftsteller unserer Zeit und ein ganzer Mann obendrein, Ludwig Thoma, unserm Blatte liebenswürdig gestattet hat. Genau so ehrlich hat der Verfasser der Resolution verschwiegen, daß der Dichter „der gemeinen Besse“ in Nr. 13 der „Gleichheit“ kein anderer ist als ein gewisser Friedrich von Sallet, dessen Name das deutsche Volk mit dankbarer Bewunderung noch nennen wird, wenn man auch in Kolbermoor und Rosenheim längst vergessen hat, daß dort einmal etwas wie ein katholischer Arbeiterinnenverein existierte, und wie sich seine verschiedenen geistlichen Vorstehenden benamten. Auf daß der für uns errichtete Scheiterhaufen heller brenne, sind die angeführten Verse des Salletschen Gedichts natürlich auch außerhalb ihres Zusammenhangs zitiert und zusammengezogen worden. Was die Resolution ferner über die Gegnerschaft der Sozialdemokratie zur Sozialreform behauptet, gehört zu den alten, abgestandenen Lügen und Verdrehungen, mit welchen unsere Gegner seit je hauserien gehen. Sie gehören in die Kategorie jenes Spihubentniffs, durch den Ruf: Haltet den Dieb! die Aufmerksamkeit von diesem ab- und auf einen ehrlichen Vorübergehenden hinzulenken. Die betreffenden Beschuldigungen verfolgen nur den Zweck, die Tatsache zu verschleiern, daß das bishere soziale Gesehgebung, das wir im Deutschen Reiche haben, vor allem auf das Drängen der Sozialdemokratie und die Furcht vor ihr zurückzuführen ist, und daß dem von ihr im Interesse der Arbeiterklasse geforderten Mehr an sozialen Reformen von den bürgerlichen Parteien jeder Couleur — schwarz begriffen — im Interesse des ausbeutenden Kapitals der zäheste Widerstand entgegengesetzt wird. Wir werden das in nächster Nummer ausführlicher nachweisen. Für heute begnügen wir uns, die Glanzleistung von Entstellungen tiefer zu hängen und daran zu erinnern, daß die „Gleichheit“ in Deutschland das erste und lange Jahre das einzige Frauenblatt gewesen ist, das mit aller Energie für den weitestgehenden gesetzlichen Arbeiterinnenschutz eingetreten ist und noch für ihn kämpft. Trotz unseres verstockten Herzens Härte danken wir übrigens den eifrigen Scheiterhaufenherren für das Eingeständnis, daß sie die „Gleichheit“ und ihren Einfluß fürchten, wie für die unfreiwillige Agitation, die sie für das schwefelgelbe Ungeheuer entfaltet haben. Nur so weiter — und auch die Arbeiterinnen von Kolbermoor und Rosenheim werden sich bald aus eigener Kenntnis der Tatsachen eine selbständige Meinung über die sozialdemokratische Frauenbewegung bilden.

Politische Rundschau.

Der freisinnige Parteitag, der in Berlin am selben Tage schloß, da in Essen der Parteitag der Sozialdemokratie zusammentrat, hat gehalten, was man nach dem vorhergegangenen Umfall des Freisinn erwarten mußte. Er hat sich gegen den Wahlrechtskampf, für den Wahlrechtsschacher erklärt, gegen die Volksbewegung, für die Blockpolitik. Der Reichstanzler, der in diesen Wochen in seiner Sommerfrische Nordorney politischen Cercle hielt — nacheinander hat er mit dem freikonserватiven Camp, dem nationalliberalen Wasserfall, dem linksliberalen Schmidt-Eberfeld, Rumpf, Payer und Schrader, dem Antisemiten Wangermann v. Sonnenberg und den Landbändlern Dr. Köfide, Wangenheim und Ortel konseriert —, darf mit dem Erfolg seiner Redekünste auf den Freisinn vollauf zufrieden sein. Diese samose Volkspartei hat sich durch ihre Berliner Beschlüsse geradezu verpflichtet, mit Hurra selbst die allergeringste Karrikatur einer Wahlreform zu schlucken, die Bülow ihr zumuten wird. Wie diese Reform Bülow's aussehe, ist noch nicht genauer bekannt gegeben. Der Freisinn aber weiß, was im Werden ist, und er ist, wie Herr Wiemer in seiner Rede auf dem Parteitag erkennen ließ, nicht wenig stolz darauf, daß des Reiches Kanzler ihn vertrauten Zwiegesprächs würdigt. Vorbei sind die Zeiten, da der Freisinn höhnte, wenn Herr Peter Spahn, der Zentrumsdiplomate, zur Audienz im Reichstanzleramt den Zylinderhut büßfete. Der Schacher mit Volksworten ist dem Antiliberalismus heute ein berechtigtes Geschäft.

Der Eindruck vollständigster trübseligster Blockverrottung des Freisinn wird verstärkt durch alles andere, was der offizielle Bericht über die unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlungen des Berliner Parteitags mitzuteilen für gut findet. In dieser Zeit der Lebensmittelteuerung hat der Freisinn nicht die Zeit, einen Antrag auf eine parlamentarische Aktion zur zeitweisen Aufhebung der Lebensmittelpreise zu beraten. Die einzigen Freiheiten, für die er sich noch erwärmt, sind die Freiheit der Börse und die Freiheit der Ausbeutung der Arbeitskraft. Der Reichstagsabgeordnete Guno, einer der spärlichen Sozialpolitiker des Freisinn, durfte, ohne von schallendem Gelächter begraben zu werden, gegen Anträge Hirsch, Dunderscher Gewerkschaftler den alten, längst von den Wotten zerfressenen, durch eine vieljahrzehntelange praktische Erfahrung totgeschlagenen Manchessteinwand erheben, die gesetzliche Festlegung des zehnstündigen Arbeitstages für männliche Arbeiter sei geradezu ein Hindernis für die Arbeiter, mehr zu erreichen!

Indes sind die ersten genaueren Meldungen über den Inhalt des Reichsvereinsgesetzes, des ersten Erfolges der Blockpolitik, in die Öffentlichkeit gedrungen. Sie bestätigen die Voraussage, daß der Block nur faule Früchte treiben kann. Der Entwurf sieht die Abschaffung zweier alter schikanöser Beschränkungen vor, welche durch die tatsächliche Entwicklung längst der Lächerlichkeit verfallen und im wesentlichen auch zur Unwirksamkeit verurteilt sind. Die Frauen erhalten das Recht, in politischen Vereinen Mitglieder zu werden und das Mitgliederverzeichnis der politischen Vereine soll der Polizei nicht mehr eingereicht werden müssen. Diesen beiden selbstverständlichen Verbesserungen stehen, wie das bei preussisch-deutscher Gesehgebung üblich, schwerwiegende Verschlechterungen gegenüber. Verschlechterungen, wie ausdrücklich bemerkt werden soll, gegen das heutige miserable preussische Vereins- und Versammlungsrecht, das — abgesehen von dem reaktionären Musterländchen Sachsen und einiger unbedeutender Kleinstaaten — das schlechteste in ganz Deutschland ist. Das neue, moderne, freiheitliche, von allen kleinlichen Polizeibestimmungen freie Reichsvereins- und versammlungsrecht, das Graf Posadowsky noch kurz vor seinem Abgang im Namen des Reichstanzlers versprach, soll wahrhaftig in wichtigen Punkten noch schlechter werden, als die Verordnungen für Preußen, die aus der Periode der düstersten Gegenrevolution stammt und dem Lande ungefehligerweise oktroyiert wurde. Welch einen enormen Rückschritt das neue Geseh für Staaten mit verhältnismäßig gutem Vereins- und Versammlungsrecht, wie Württemberg und Baden, bedeuten muß, läßt sich danach leicht ermessen.

Die Verschlechterungen gegen den bisherigen Zustand in Preußen bestehen nach den vorliegenden Nachrichten erstens darin, daß dem überwachenden Beamten das Recht gegeben werden soll, vom Vorsitzenden zu fordern, daß er einem Redner das Wort entziehe, wenn dieser — nach Ansicht des Beamten — zu gefehrwidrigen Handlungen aufgefordert hat. Weigert sich der Vorsitzende, die Redequilone zu handhaben, so hat der Beamte die Versammlung aufzulösen. Bisher konnte Preußen die Wortentziehung durch den überwachenden nicht — der einzige Auflösungsgrund war die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, ein weit ergrößerer Eingriff als die Aufforderung zu gefehrwidrigen Handlungen. Nicht genug damit, wird der Polizei aber hinterher auch noch das Recht zur Auflösung gegeben, wenn sie eine Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit befürchten zu müssen glaubt! Das ist die Proklamierung der unbeschränkten Polizeidiktatur auf dem Gebiet des Versammlungswezens! Und das sind erst die Grundzüge des Entwurfs — wie viele Fuzangeln mögen noch die Einzelbestimmungen enthalten! So sehen die Früchte der Blockpolitik aus, für solche faulen, wurmfressigen Apfel verkauft der Freisinn das politische Erstgeburtsrecht des preussischen Volkes!

In Sachsen haben die Wahlen zur Drittelerneuerung des Landtags in der dritten Wählerklasse einen erfreulichen Fortschritt der Sozialdemokratie bekundet. Ein Mandat zu gewinnen war den sächsischen Genossen unter dem schmachvollen Dreiklassensystem natürlich unmöglich. Für die politische Lage Sachsens ist der Umstand bedeutend, daß die Nationalliberalen den Konservativen an fünf Sitze abgenommen haben. Da die Konservativen den Wahlrechtsänderungsentwurf der Regierung bekämpfen, während die Nationalliberalen ihn befürworten, so sind trotz des Weiterbestehens der konservativen Mehrheit die Chancen dieses Entwurfs verbessert. Die Drittelwahlen haben gezeigt, daß bei allgemeinen Wahlen die konservative Mehrheit zusammenbrechen müßte. Für die Arbeitererschaft Sachsens ist damit freilich nicht viel gewonnen, denn die Nationalliberalen sind ebenso erbitterte Hasser des Klassenbewußten Proletariats, ebenso konsequente Reaktionen wie die Konservativen, und der Wahlrechtsänderungsplan der Regierung — Pluralwahlrecht verquitt mit Wahlen durch kommunale Körperschaften — bedeutet eine gegen den jetzigen Zustand nur ganz unwesentliche Milderung der empfindenden Entrechtung des arbeitenden Volkes. Für die Sozialdemokratie lautet deshalb mehr denn je die Parole: „Kampf ums gleiche Wahlrecht.“ In Sachsen wie in Preußen!

In Ungarn rüstet die Sozialdemokratie mit äußerster Anstrengung zum gewaltigen Demonstrationsstreik für das gleiche Wahlrecht. Am 10. Oktober soll er einsetzen. In Rußland wird der Wahlkampf von der Arbeitererschaft mit Aufbietung aller Kraft geführt, trotz aller Gewalttaten der Reaktion und ihrer schändlichen Werkzeuge, der Schwarzen Hundert, die durch grenelvolle Jubelhehen, wie unter anderen in diesen Wochen Odesa eine sah, die revolutionären Kräfte von der Betätigung bei den Wahlen abzuschrecken suchen. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die stete Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften gelangt auch in der Statistik über die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle zum Ausdruck. Diese örtlichen gewerkschaftlichen Vereinigungen haben früher viel Anlaß zu Unzutraglichkeiten und Streitigkeiten gegeben. Nachdem sie jedoch gelernt haben, sich innerhalb der Grenzen ihrer eigentlichen Aufgaben zu betätigen, so daß sie mit den Anordnungen und Maßnahmen der Zentralleitungen der Verbände nicht mehr kollidierten, haben sie in den letzten Jahren für die Gewerkschaftsbewegung sehr förderlich gewirkt. Zum Arbeitsfeld der Kartelle gehört heute hauptsächlich die Agitation am Orte, die Unterstützung der kleineren lokalen Organisationen, ferner die Gründung und Verwaltung von Instituten, die für die

Arbeiterchaft äußerst wertvoll sind, wie Arbeitersekretariate, Gewerkschafts- und Volkshäuser, Bibliotheken und Lesezimmer, Herbergen usw. Die Kartelle veranlassen auch Enquêtes über die Lebenshaltung der Arbeiter, sorgen für gute Vergütungen und geistig anregende Unterhaltungsabende, und an manchen Orten organisieren sie Unterrichtskurse. Kurz, ihre Wirksamkeit ist eine reichhaltige und verdienstvolle, die viel zur geistigen Hebung und Bildung der Arbeiterbevölkerung beiträgt.

Nach der neuesten Statistik der Generalkommission bestanden im letzten Jahre an 553 Orten Gewerkschaftskartelle, im Vorjahr hatte man deren nur 480 gezählt; 300 davon unterhalten eine gemeinsame Bibliothek, 47 sogar Lesezimmer, 67 Arbeitersekretariate, 36 haben ein „eigenes Heim“ (Gewerkschaftshaus), 36 Zentralherbergen, während an 236 Orten Herbergskommissionen bestehen. Die Gesamteinnahmen der Kartelle betragen 916 758 Mk. Für Streikunterstützung wurden ihrerseits nur 244 213 Mk. gesammelt. Das ist eine kleine Summe, gemessen an den Aufwendungen, welche Streiks usw. gefordert haben. Sie ist ein Zeichen dafür, daß die Unterstützung von Kämpfen vor allem Aufgabe der Verbände ist, diesen haben sie daher auch die Kartelle in richtiger Erkenntnis der Sachlage in der Hauptsache überlassen. Für Agitation wurden nahezu 28 000 Mk. verausgabt. Eine Tatsache, die recht beachtenswert und für die Gewerkschaftsbewegung erfreulich ist, wird durch die Statistik erwiesen. Es ist dort festgestellt, daß das Wachstum der Organisationen in den kleineren Städten verhältnismäßig größer war als in den Großstädten. Alles in allem gibt die Statistik Zeugnis davon, daß die Kartelle sich redlich und mit Erfolg bemüht haben, die Gewerkschaftsbewegung zu fördern und die Arbeiterklasse wirtschaftlich wie geistig zu heben.

Im Niederlausitzer Braunkohlenbecken ist der erwartete Ausfall zur Tat geworden. Welchen Umfang er annehmen wird, wie weit andere Berufe und weitere Bevölkerungsschichten in Mitleidenschaft gezogen werden, hängt wesentlich von dem Verhalten der Grubenmagnaten ab. Werden die Herren wohl auf $\frac{1}{2}$ Prozent oder 1 Prozent von ihren 10 Prozent Dividende verzichten, um damit die geringen Forderungen der Arbeiter zu decken? Das ist die Frage. Wie die Erfahrung den Arbeitern schon häufig genug gelehrt hat, ist auf Entgegenkommen der Ausbeuter nicht zu hoffen. Ob den Forderungen der Ausbeuteten Erfüllung wird, das hängt von der Einigkeit der Unabhängigen ab und von der Solidarität der übrigen Arbeiterklasse, die moralische und materielle Unterstützung schafft.

Kleinere Scharmützel zwischen Kapital und Arbeit sind aus der Textilindustrie zu meiden. In Chemnitz haben die Arbeiter einen kleinen Erfolg errungen; in Leipzig steht in einer Kammgarnspinnerei ein Streik in Aussicht, ebenso in einer Seidenfabrik in Wierach.

In der chemischen Industrie sind in Hochspeyer (Pfalz) und in den badischen Anilinfabriken in Ludwigshafen die Ausstände ohne Erfolg oder doch nur mit sehr geringem Erfolg für die Kämpfenden beendet. — Tarifbewegungen bereiten sich in der Stuisbranche zu Berlin und Eisenach vor. An ihnen sind, namentlich im letztgenannten Orte, die Arbeiterinnen interessiert. Der Ausstand in der Kartonnageindustrie in Annaberg-Buchholz, an dem auch die Arbeiterinnen stark beteiligt waren, ist mit Erfolg beendet worden. — Zum fast vollständigen Stillstand der Betriebe ist es in der Konfektionsindustrie in Aschaffenburg gekommen. Mehreren tausend streikenden Arbeitern und Arbeiterinnen stehen nur etwa 36 Arbeitswillige entgegen. — In Königsberg ist nach längeren Verhandlungen und kurzer Arbeitseinstellung eine Einigung zwischen der großen Uniongießerei und den Metallarbeitern erzielt worden, so daß eine große Aussperrung abgewendet blieb.

Nach einer Statistik, welche im „Schuhmacher-Fachblatt“ veröffentlicht ist, wird in den Schuh- und Schäftefabriken noch vielerorts über 9 $\frac{1}{2}$ Stunden gearbeitet, oft auch noch 10 Stunden, und im Breslauer Bezirk findet man selbst noch eine 12stündige Arbeitszeit. In diesen Fabriken sind viele Arbeiterinnen beschäftigt, für die eine Verkürzung der Arbeitszeit von besonders hohem Werte wäre. Die Organisation hat unter ihnen und für sie noch viel mühevoller Arbeit zu leisten. Je zahlreicher die Arbeiterinnen sich ihr anschließen, um so eher wird es ihr möglich sein, ihnen kürzere Arbeitszeit zu erringen.

Der Wäschearbeiterverband hat nunmehr seinen Anschluß an den Schneiderverband vollzogen. Die Urabstimmung fand leider unter schwacher Beteiligung statt. Die Majorität, die für den Anschluß stimmte, war jedoch groß, es stimmten 2424 Mitglieder für und nur 67 gegen ihn.

Die an dem Heimarbeiterschuh besonders interessierten Gewerkschaften rüsten zu neuem Aufmarsch. Alle amtlichen und privaten Enquêtes über die elende Lage der Heimarbeiter und -arbeiterinnen, alle aufsehenerregenden Heimarbeitersammlungen haben die Frage des Heimarbeiterschutzes nicht um einen Schritt weiter gebracht. Die geplanten großen Agitationskampagnen, die im vorigen Jahre während der Tagung des Reichstages eingeleitet werden sollten, mußten infolge der Reichstagsauflösung unterbleiben. Nun werden sich die Tabakarbeiter auf ihrer Generalversammlung in Bielefeld mit der Angelegenheit beschäftigen. Das Fachblatt des Verbandes hat bereits vier Nummern hindurch ein umfangreiches Gutachten des Reichsgesundheitsamtes veröffentlicht, das von den Gesundheitsbedingungen handelt, die bei der Zigarettenfabrikation in der Hausindustrie beobachtet worden sind, sowie von den Maßnahmen, die zu deren Verhütung erforderlich wären. Das

Reichsgesundheitsamt hat bekanntlich einen Befehrentwurf ausgearbeitet, der aber beileibe kein Verbot der hausindustriellen Zigarettenfabrikation enthält. Die Generalversammlung wird diesen Entwurf besprechen und die Gegenforderungen der Arbeiter aufstellen. Mit Recht vermuten die aufgeklärten Arbeiter, daß hinter dem geradezu gemeingefährlich aussehenden Entwurf der Regierung die Macht und der Einfluß der Großunternehmer der Tabakindustrie stecken. Sie haben es nicht vergessen, daß es das Großkapital gewesen ist, das in der Konfektionsindustrie den Vorstoßen des Proletariats zu einem wirksamen gesetzlichen Schutz der verletzten Heimarbeiter und -arbeiterinnen mit Erfolg entgegengekehrt hat. Der Großkonfektionär B. Manheimer konnte sich öffentlich seines Einflusses auf die Regierung rühmen. Angesichts dieser Situation müssen die klassenbewußten und organisierten Proletarier ihre Anstrengungen verdoppeln und verdreifachen, um den gesetzgebenden Gewalten des Ausbeuterstaats durchgreifende Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiter zu entreißen. Wir begrüßen es daher, daß auch der Schneiderverband wieder aktiv in die Heimarbeiterschutzbewegung eintritt, und zwar vermittelt einer energischen Agitation in öffentlichen Versammlungen. Pflicht unserer Leserinnen ist es, diese Bewegung, wie auch die der Tabakarbeiter auf das tatkräftigste zu unterstützen. Und zwar sowohl durch Besuch der Massenversammlungen, wie auch durch rege Agitation in den Freundes- und Kolleginnenkreisen.

Zum Schluß dieser Rundschau sei noch der Beschluß des Parteitages betreffend die Lokalorganisationen registriert. Es war durchaus verständlich, daß von verschiedenen Seiten eine endgültige Abrechnung der Sozialdemokratie mit den Lokalorganisationen verlangt wurde, denn das Sündenregister der Lokallisten ist in letzter Zeit gewaltig gewachsen, zur hellen Freude des Unternehmertums, zum Schaden des kämpfenden Proletariats. Trotz allem muß man den Beschluß des Parteitages gutheißen, daß die Verhandlungen zum Zwecke einer Einigung fortzusetzen sind. Der Beschluß war besonders auch von Bömelburg mit warmen Worten empfohlen worden. Die berechtigte Empörung über bestimmte quertreibende, gewerkschaftschädliche Tendenzen und Handlungen darf nicht vergessen lassen, daß es sich bei der Entscheidung in der Sache um Tausende von Proletariern handelt, die in irriger Auffassung befangen sind, und die es zu überzeugen, zu gewinnen und nicht zurückzustößen gilt. Möchte die bewiesene Toleranz die verdiente Antwort finden. #

Aus der rheinischen Textilindustrie. In allen Orten unseres Bezirkes faßt der Organisationsgedanke unter den Textilarbeitern tiefere Wurzeln. Eine erhebliche Anzahl erfolgreicher, ohne Streiks durchgeführter Lohnbewegungen gaben den Arbeitern den Beweis, daß sie nur durch die Organisation ihre elende Lebenshaltung aufbessern können. In Lobberich brachte die Bewegung für circa 500 Samtbandweber der Firmen Niedick & Co., sowie J. L. de Ball & Co. im Durchschnitt ein Mehrverdienst von mindestens 150 Mk. pro Woche. Das bedeutet, daß jede Woche 700 bis 800 Mk. den Taschen der beiden steinreichen Fabrikanten entzogen werden und dafür vielen dürftigen Arbeiterhaushalten zugute kommen. Für etwa 150 Samtweber in Dülken wurden Lohnhöhungen von 2,50 bis 3 Mk. in der Woche erreicht. Außerdem trat an Stelle der 14tägigen die stägige Lohnzahlung. Das sind Errungenschaften, die in zweifacher Hinsicht wichtig sind. Zunächst macht eine Lohnhöhung bis zu 3 Mk. für den Arbeiterhaushalt schon sehr viel aus. Des weiteren aber wird dadurch, daß die Samtwelöhne in Dülken jetzt annähernd auf die Höhe der Cresfelder Löhne gebracht worden sind, den Dülkener Samtfabrikanten die Möglichkeit benommen, eine gewisse Schmutzkonzurrenz zu betreiben, die sie jahrelang auf Grund ihrer bedeutend niedrigeren Arbeiterlöhne sich hatten leisten können.

Die Belegschaft der Leinenweberei von Berger & Co. in Gräfrath erzielte nach mehrmaligem Vorstelligwerden seitens der Verbandsvertreter für sämtliche Weber und Weberinnen, Spulerinnen und Anknoterinnen eine fünfprozentige Lohnhöhung, für die Färber eine tägliche Erhöhung von 30 Pf., für Mangler eine solche von 20 Pf. Da die Belegschaft noch sehr jung in der Organisation war, so sah sie von einem Streik ab, obwohl auch nach den erreichten Zugeständnissen noch nicht entfernt von einem menschenwürdigen Auskommen der Arbeiterchaft die Rede sein kann. Der Höchstlohn für Färber beträgt zum Beispiel 3,10 Mk. pro Tag, und die Arbeit ist außerordentlich aufreibend, da es bei ihr triefendnaße Warenstücke von mehr als Zentnerschwere zu tragen gibt. Die Löhne für Mangler bleiben noch erheblich hinter dem angegebenen Sage zurück. Alle übrigen Arbeiten werden größtenteils von Arbeiterinnen verrichtet, und da ist es bezeichnend, daß in diesem Betrieb allein 48 Familienmütter beschäftigt sind, die um großen Lohn ihres Familienlebens und der Möglichkeit zu treuer Erfüllung der Mutterpflichten beraubt werden.

Die Arbeiterinnen der großen Cresfelder Baumwollspinnerei scheinen ebenfalls zum Bewußtsein ihrer Lage zu kommen. In Cresfeld führten zwei Versammlungen, sowie eine eifrige Agitation von Person zu Person dem Deutschen Textilarbeiterverband innerhalb weniger Wochen circa 200 Mitglieder zu. Dieser Betrieb ist der einzige in Cresfeld, der noch am Esstundentag festhält. Die Firma Rohlfeld & Grone in Duisburg beschäftigt eine große Anzahl Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter; letztere müssen bereits drei Stühle bedienen und tragen trotz ihrer großen Arbeitsleistung jämmerliche Löhne nach Haus. Der Verdienst der Spulerinnen bei dieser Firma beträgt pro 14 Tage nur

20 Mk.; trotzdem ist er ihnen vor 14 Tagen noch um 8 Prozent gekürzt worden. Die Weber und Weberinnen werden durch ein raffiniertes Prämiensystem zur höchsten Ausnutzung ihrer Arbeitskraft angetrieben. Den bedrückten Arbeitern und Arbeiterinnen muß immer und immer wiederholt werden, daß sie nur durch den Zusammenschluß im Deutschen Textilarbeiterverband ihre traurige Lage verbessern können.

W. K.

Genossenschaftliche Rundschau.

Dem dritten Deutschen Innungs- und Handwerker-tag, der Ende vorigen Monats in Eisenach abgehalten wurde, hatten es die Konsumvereine angetan. Es vergeht seit ein paar Jahren in Deutschland überhaupt keine Tagung von derartigen Mittelstandsvertretern, ohne daß den bösen Konsumvereinen in irgend einer Form der Krieg erklärt würde. So auch in Eisenach. Durch eine Resolution erklärten die Herren Handwerker „die Weiterentwicklung der Konsumvereine sowie ihr Bestreben, sich in immer größerem Maße der Eigenproduktion zuzuwenden, für eine schwere Gefährdung der selbständigen Gewerbetreibenden, um so mehr, als die Konsumvereine sich in steuerlicher Beziehung vielfach einer völlig ungerechtfertigten Sonderstellung erfreuen. Vor allem unbillig erscheine die Konkurrenz, die staatliche Beamte durch Zugehörigkeit von Konsumvereinen den Gewerbetreibenden bereiten. Nötig sei ein Verbot der Verbindung von Produktivgenossenschaften und Konsumvereinen und die gleiche Besteuerung der Konsumvereine wie der übrigen Gewerbetreibenden.“ Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, wonach es den Handwerksmeistern zur Pflicht gemacht wird, unter keinen Umständen zur Gründung von Konsumvereinen beizutragen, sondern dahin zu streben, daß über die nachteiligen Wirkungen des Konsumvereinswesens Aufklärung geschaffen und dadurch Beamte und Arbeiter veranlaßt würden, von der Pflege der Konsumvereine abzusehen. Auch für ein Verbot des Dividendenzahlens der Konsumvereine an ihre Mitglieder trat man ein. — Das ist immer wieder die alte Leier der Klagen aus jenen Kreisen, die nicht begreifen wollen oder können, daß die Konsumvereine Produkte der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Bezeichnend aber für diese Mittelstandskämpen ist, daß sie in demselben Atemzug, in dem sie die Konsumvereine verdammen, für ihre Interessen Handwerkergenossenschaften fordern. Die Tagung nahm eine Resolution an, die die „Ausbreitung und den weiteren Ausbau der genossenschaftlichen Organisation im Handwerk mit allen geeigneten Mitteln, und zwar wie bisher hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte der Selbsthilfe,“ erstrebt. Das nennt man Konsequenz! Kein vernünftiger Mensch verdenkt den Handwerkern den genossenschaftlichen Zusammenschluß. Im Gegenteil — er kann ein recht brauchbares Mittel zur Förderung der Lage der Handwerker sein. Man soll aber doch den Arbeitern und Beamten nicht verwehren, was man für sich selbst beansprucht.

Ein nettes Pendant zu diesem Vorgang lieferten die Frankfurter Bäckerinnung und die Vereinigung der Brotfabrikanten von Frankfurt a. M. und Umgebung. Dort besteht ein Konsumverein, der auch eine moderne und leistungsfähige Bäckerei in Betrieb hat. Der Konsumverein wollte nun eine von den genannten Korporationen durchgeführte Preissteigerung des Brotes nicht ohne weiteres mitmachen, sondern seinen Mitgliedern trotz allerdings enorm gestiegener Mehlpreise das wichtigste Nahrungsmittel solange wie möglich zum alten Preise liefern. Man sollte meinen, daß das ein von jedem Menschenfreund zu billigendes Beginnen sei. Die Bäckerinnung und die Brotfabrikanten waren jedoch wutentbrannt darüber und griffen zu einem terroristischen Mittel, um den Konsumverein klein zu kriegen. Sie erließen an die Mitglieder der genannten Vereinigungen ein Zirkular, in dem zum Boykott des Konsumvereins aufgefordert wurde. Weil der Konsumverein ihre „Preisregulierung durchkreuzte“, wurde es als „Ehrenpflicht“ der Mitglieder bezeichnet, „keinen Saft Mehl von einem Müller oder Mehlhändler zu beziehen, der an den Konsumverein direkt oder indirekt liefert“. Beigelegt waren Reversformulare, die von jedem Verkäufer von Mehl unterschrieben werden sollten. — Das ist brutallster Terrorismus! Und zwar geübt von Leuten desselben Kalibers, die schon von sozialdemokratischem Terrorismus schreien, wenn die Arbeiter sich vermessen, ihren schlimmsten politischen Gegnern die Rundschau zu entziehen. Der Arbeiter soll auch als Konsument willenloses Ausbeutungsobjekt bleiben. Für die Arbeiterfrauen müssen Vorfälle dieser Art ein Ansporn zum Beitritt in Konsumvereine sein!

In Sachen haben die Gemeinden das Recht, dem Großbetrieb im Kleinhandel und den Filialgeschäften eine Sondersteuer (Umsatzsteuer) aufzuerlegen. Diese ganze Besteuerungsmethode ist von jeher speziell auf die Konsumvereine gemünzt gewesen, und sie sollte im besonderen Interesse der Krämer wirksam gemacht werden. Daran haben sich aber die Gemeindeverwaltungen, die Umsatzsteuer einführen, nie gelehrt; sie betrachteten dieselbe vielmehr lediglich als eine Finanzquelle für die Gemeinde, die meistens den ärmsten Einwohnern, den Konsumvereinsmitgliedern, abgezapt wurde. Vor einigen Monaten hat nun die sächsische Regierung verordnet, daß Umsatzsteuern nur dem gebachten sozialen Zwecke dienen sollen, den Interessen des Mittelstandes, der angeblich von Konsumvereinen und ähnlichen Großbetrieben geschädigt wird. Das ist die Mittelstandspolitik und die daraus resultierende materielle Ungerechtigkeit auf die Spitze getrieben. Die Verordnung bringt aber die betreffenden Gemeinden in eine fatale Situation, weil sie die Umsatzsteuer zugunsten gewisser kleiner Kreise nicht

gern entbehren wollen, und weil es auch schwer ist, dem Verlangen der Regierung zu entsprechen. So darf man vielleicht hoffen, daß mit dieser Anordnung das Interesse der Gemeindeverwaltungen an der Umsatzsteuer schwindet, wie ein Vorgang aus Schweden zeigt. Dort haben unsere Genossen jahrelang auf Beseitigung oder doch Herabsetzung der Umsatzsteuer hingewirkt. Immer vergebens. Nun haben sie aber plötzlich die Herabsetzung um 1/2 Prozent erzielt. Hoffentlich macht dieses Beispiel Schule.

Dem Konsumverein Sendling-München sind im letzten Geschäftsjahr 8400 neue Mitglieder beigetreten, während nur 699 Mitglieder teils durch Wegzug, Tod, Übertragung, Aufschließung oder sonstige Ursachen verschieden. Der Gesamtumsatz betrug 3045 055 Mk. Die Verkaufsstellen wurden um 3 vermehrt, so daß im ganzen deren 20 sowie 3 Milchverkaufsstellen vorhanden sind. Die Bäckerei mußte im Laufe des Jahres bedeutend vergrößert werden. Es sind in ihr jetzt 26 Bäcker beschäftigt. Im ganzen beschäftigt der Konsumverein Sendling-München zurzeit 174 Personen. Er errichtet an Stelle seines alten Geschäftshauses einen stattlichen Neubau.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine hat im Monat Juli dieses Jahres einen Umsatz von 4916 280 Mk. erreicht. Da im gleichen Monat des Vorjahres der Umsatz 3379 210 Mk. betrug, ist eine Steigerung von 1537 070 Mk. zu verzeichnen. In den verfloßenen sieben Monaten — Januar bis Juli — dieses Jahres erreichte der Gesamtumsatz der Großeinkaufsgesellschaft 30 831 687 Mk. gegen 22 584 651 Mk. in dem in Betracht kommenden Zeitraum des Vorjahres. Demnach beträgt der Mehrumsatz in den sieben Monaten 1907 774 986 Mk.

Vor einem Jahre etwa gründeten Karlsruhe Milchhändler die „Milchzentrale“, die ihre Milch unter die Kontrolle des Stadtrats stellte. Da jedoch die Vorschriften nicht eingehalten wurden, trat der Stadtrat von der Kontrolle zurück. Das Unternehmen mußte am 8. August Konkurs anmelden. Es sollen 40 000 Mk. Schulden vorhanden sein, und die Gründer, meist kleine Leute, verlieren je 300 Mk. an Geschäftsbelegungen und ebensoviel an Haftanteilen, also zusammen 600 Mk. — Von diesem Konkurs hat die Tagespresse im allgemeinen keine Notiz genommen. Als aber der Karlsruher Konsumverein wegen besonders widriger Umstände liquidieren mußte, da wurde der „vertrachtete sozialdemokratische Konsumverein“ durch alle Blätter geschleift und Krokodilstränen über die Schädigung der kleinen Leute vergossen, die im Höchstfall ihren Geschäftsanteil mit 30 Mk. und die Haftsumme von 30 Mk. verloren hatten. Das nennt man Gerechtigkeit!

Von der dänischen Großeinkaufsgesellschaft wird berichtet: Es haben sich im Jahre 1906 neu angeschlossen 91 Konsumvereine gegen 78 im Jahre 1905. Die Zahl der angeschlossenen Vereine betrug am 1. Januar 1907 1120. Der Umsatz beträgt 30 754 000 Kronen, gegen das Vorjahr ein Mehr von 4 480 000 Kronen oder 17,04 Prozent. H. Fl.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

In einer Versammlung des Vereins der Dienstmädchen, Wäsch- und Scheuerfrauen von Hamburg und Umgebung am 5. September referierte Genossin Zieg über das Thema: „Dienstmädchen, erlernt eure Macht!“ Die Referentin wies in ihrem Referat auf den erzieherischen Wert der Dienstbotenbewegung hin. Durch den engen Zusammenschluß in einer Organisation werde das Solidaritätsgefühl geweckt und das Pflicht- und Selbstbewußtsein der Mädchen gehoben, ohne das kein planvolles Ringen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich sei. Der eigene Stellennachweis wirke ebenfalls erzieherisch; er zeige den Mädchen, was sie beim Zusammenhalten in einer Organisation aus eigener Kraft vermögen und erfülle sie mit einem Gefühl des Stolzes darüber. Die Mädchen müßten es sich angelegen sein lassen, nur ihn und keine private Vermittlung in Anspruch zu nehmen und alle Berufsgenossinnen der Organisation zuzuführen, dann werde es möglich sein, dem Hausangestelltenvertrag Geltung zu verschaffen. Genossin Zieg sprach ihre Freude darüber aus, daß der Verein nach zehnmonatigem Bestehen schon 2500 Mitglieder hat, bemerkt aber, daß es in Hamburg (Stadt) 32 000 dienende Mädchen gibt. Wenn wir von diesen nur erst 20 000 für uns gewonnen hätten, so wäre die Organisation schon imstande, das Dienstverhältnis in ein freies Arbeitsverhältnis zu verwandeln. Die Entwicklung, die zu immer größerer Vereinfachung des Haushalts drängt, würde den Kampf darum begünstigen. Die Referentin wies noch die Behauptung des Hamburger bürgerlichen Dienstmädchenvereins zurück, daß die Arbeitgeberinnen eine Organisation leiten könnten, welche die Interessen der Dienenden rücksichtslos vertritt, und fordert die Wäsch- und Scheuerfrauen auf, nicht unter 2,50 Mk. Taglohn bei zehnstündiger Arbeitszeit zu schaffen. Sie wurde für ihren Vortrag mit reichlichem Beifall belohnt. An der Diskussion, die hauptsächlich Mißstände im Dienstverhältnis rügte, beteiligten sich die Genossinnen Günther, Mangels, Rolfs und Frau Gislowski. Eine stattliche Anzahl neuer Mitglieder meldete sich. Beitrittserklärungen werden täglich entgegen genommen bei Frau Köhler, Humboldtstraße 76 IV, Frau Mangels, Beckerweg 58, Hinterhaus I, Frau Ruhmann, Hinrichsenstraße 31 b II, Frau Koltowiz, Altona, Adlerstraße 2 II, und im Stellennachweis, Besenbinderhof 56/57 I, Zimmer 2 b. Helene Rolfs.

Das Recht der Dienstboten auf dem siebenten skandinavischen Arbeiterkongress. Unsere skandinavischen Genossen haben ebenfalls den Kampf für die Besserstellung des harten Loses der Landarbeiter und Dienstboten aufgenommen, ebenso die Arbeit einer besonderen Agitation unter ihnen, zu dem Zwecke, sie zu organisieren und in den großen Strom der Arbeiterbewegung als klassenbewußte Kämpfer einzufügen. Da die Landarbeiter und Dienstboten in einem größeren Abhängigkeitsverhältnis von ihren Ausbeutern stehen als die gewerblichen Arbeiter, in einem Abhängigkeitsverhältnis, das den einstigen fürsorgenden Familiencharakter abgestreift hat, und das nur noch um so größere Ausbeutung ermöglicht, so muß vor allem gegen die gesetzlichen Ausnahmestimmungen gekämpft werden, die auch in Skandinavien für die beiden Kategorien Ausgebeuteter bestehen. Der siebente skandinavische Arbeiterkongress, der Mitte September in Christiania stattfand, nahm daher eine Erklärung an, die zu einer kräftigen Agitation und Organisation der Landarbeiter und Dienstboten auffordert. Außerdem hat er eine energische Aktion im Parlament zur Beseitigung des Gesindegesetzes geplant. Die Arbeit, die unsere nordischen Genossen in Angriff nehmen wollen, wird hoffentlich von Erfolg gekrönt sein; leben ja viele Landarbeiter und Diensthilfen in gedrückter Stellung, die dazu angetan ist, in ihnen Empörung gegen ihre Unterdrückung zu wecken und sie zu tapferen, klassenbewußten Streikern im großen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zu machen.

Frauenstimmrecht.

Das Frauenwahlrecht soll in dem Staate Mississippi der Nordamerikanischen Union eingeführt werden. Die Opposition dagegen ist sehr schwach, während die Begeisterung für die Einführung des neuen Rechts die weitesten Kreise ergriffen hat. Selbst Speisebürger sind für die Reform zu haben. Jedoch hinter der so spät gekommenen Einsicht von dem Rechte des weiblichen Geschlechts versteckt sich ein ganz realer Interessentstandpunkt herrschender Gesellschaftsschichten. Die Einführung des Frauenwahlrechts soll in Mississippi wie anderwärts noch reaktionären Zwecken dienen. Es soll ein Mittel sein, die Regier des Staates in Abhängigkeit zu halten und zu unterdrücken. In den verschiedenen Südstaaten der großen Union, wo eine starke Regerverbesserung lebt, haben die Weissen schon zu den verschiedensten Mitteln gegriffen, um diese trotz der Verfassung politisch wehrlos zu machen. Durch einschränkende Bestimmungen sind die Schwarzen hier und da des Wahlrechts beraubt, und wo das nicht der Fall ist, sucht man ihre Stimmen durch Wahltrug und Wahlbetrug, durch Stimmlauf und Erpressungen unschädlich zu machen. Aber diese Mittel versagen je länger je weniger, und es haftet ihnen zu augenscheinlich das Odium des Unrechts an. Da gedenken die herrschenden Weissen im Staate Mississippi Kluger vorzugehen. Sie wollen den Schein gleichen Rechts wahren. Die Einführung des Frauenwahlrechts soll ihnen ermöglichen, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: reformfreundlich zu erscheinen und reaktionär im Interesse ihrer Herrschaft zu handeln. Die politisch emanzipierten Frauen werden, so hoffen sie, die politische Macht der Weissen stärken, indem sie um das Doppelte die Stimmen der demokratischen Partei erhöhen, die in Mississippi nichts weniger als fortschrittlich, vielmehr reaktionär ist. Es wird nicht befürchtet, daß die Regierfrauen durch ihre Stimmen die reaktionäre Rechnung durchkreuzen. Die Weissen halten sie für unfähig, ihre eigenen Interessen im politischen Leben zu wahren, weil die Regierfrauen sich bisher nicht um diese gekümmert haben. Sollte aber diese Rechnung nicht stimmen, so wird man sich schließlich nicht bedenken, das Frauenwahlrecht auch in Mississippi an den Nachweis eines bestimmten Besitzes oder Bildungsgrades zu knüpfen. Trotz ihrer rechtlichen Emanzipation betrachtet man die „Nigger“ in den Vereinigten Staaten noch immer in der Hauptsache nur als Ausbeutungsobjekt. Um ihre Bildung kümmert man sich herzlich wenig, ja man erschwert ihnen ihre geistige Entwicklung, wie man nur kann. So betrug zum Beispiel im Staate Südkarolina die Ausgaben für Schulen für farbige Kinder nur 260 000 Dollar, während für die Schulen der Weissen 1 588 565 Dollar aufgewendet wurden, obgleich diese 24 000 weniger Schüler hatten. Die farbige Bevölkerung mußte jedoch über 278 000 Dollar an Schullehrer aufbringen, also 18 000 Dollar für die Schulen der Weissen. Nur im Lichte tatsächlicher Verhältnisse, die durch diese Zahlen beleuchtet werden, vermag man die treibenden Kräfte für die geplante Einführung des Frauenwahlrechts richtig zu beurteilen. Womit nicht etwa gesagt sein soll, daß das Mittel zur Abwehr der reaktionären Gelfüste in der weiteren Verfassung des Frauenwahlrechts zu erblicken ist. Dem beabsichtigten Mißbrauch des Frauenwahlrechts ist vielmehr entgegenzuwirken durch die rührigste Aufklärungsarbeit unter den Regierfrauen, so daß auch sie Interesse am politischen Leben gewinnen und das Wahlrecht richtig gebrauchen lernen. Des weiteren muß mit größtem Nachdruck jede Neigung belämpft werden, das Frauenwahlrecht nicht als allgemeines zur Einführung zu bringen, sondern es durch einschränkende Bestimmungen von Besitz und Bildung reaktionär zu gestalten.

Beteiligung der Frauen an den Wahlen zum Staatsparlament in Neu-Südwest. Die Behauptung der Speisebürger, daß die Frauen für das Wahlrecht noch nicht mündig seien und es gar nicht zu gebrauchen wüßten, wird widerlegt durch das lebhafteste Interesse, das die Frauen den Wahlen für das Staatsparlament von Neu-Südwest an den Tag legten und durch ihre starke Beteiligung als Wählerinnen. Die bisherige Regierung erhielt eine genügende Majorität, um im Amte bleiben zu können.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Säuglingssterblichkeit und Frauarbeit. In den Monaten Juli und August ist die Säuglingssterblichkeit besonders auffallend groß. Von Ungarn, Mexiko und Rumänien abgesehen, hat Deutschland unter allen Kulturstaaten die höchste Säuglingssterblichkeit. Vorwiegend sind es Orte mit Arbeiterbevölkerung, in denen unter dem Einfluß der heißen Jahreszeit die Säuglingssterblichkeit zu erschreckender Höhe anwächst. In den westlichen, arbeiterarmen Vororten Berlins starben im Durchschnitt des Jahres 1905 15,08 Prozent Säuglinge, in den anderen mit überwiegender Arbeiterbevölkerung dagegen 23,76 Prozent. Im August desselben Jahres allein raffte der Tod in der ersten Ortsgruppe 27,80 Prozent, in der letzteren 62,52 Prozent sämtlicher Lebendgeborenen im Säuglingsalter dahin. Die häufigste Todesursache der Kleinen sind Erkrankungen der Verdauungsorgane, die bei proletarischen Kleinen häufiger auftreten, als bei dem Nachwuchs anderer Schichten, am häufigsten jedoch bei unehelichen Kindern. Die Ursache ist in den meisten Fällen unangemessene Ernährung, eine Erscheinung, die zweifellos auf den Rückgang der Stilltätigkeit zurückzuführen ist. Alle bisher angewandten Mittel zur Eindämmung der hohen Sterblichkeit, besonders unter den Säuglingen in der Arbeiterklasse, sind jedoch unzureichend, dem Ubel einigermaßen durchgreifend zu steuern. Der Hauptfaktor für die Erhaltung des jungen Lebens ist die Pflege des Säuglings durch die Mutter selbst. Dem steht aber die kapitalistische Ausbeutung der gewerblichen Frauarbeit im Wege, durch welche die Mutter gewordene Arbeiterin vielfach dem Kinde völlig entzogen wird. Sodann kommt die materielle Seite der Frage in Betracht. Besonders die uneheliche Mutter, die nicht über ausreichende Geldmittel verfügt, ist gezwungen, ihr Kind sobald als möglich in billige Pflege zu geben. Welche Schäden aber dieser — besonders in den Großstädten — anhaften, ist bekannt. Mit der Übernahme durch eine Ziehmutter ist dem Säugling vielfach das Urteil gesprochen. Die schon so oft vergeblich geforderte Fürsorge für Mutter und Kind muß eingreifen, um Wandel zu schaffen. Aber auch diese allein kann nichts helfen. Der Mutter gewordenen Arbeiterin muß die Zeit gesichert werden, ihrer Mutterpflicht genügen zu können. Ihre Arbeitszeit fängt ja nach Ablauf der ganz unzulänglichen Schutzfrist von 6 Wochen wieder ebenso früh an und hört ebenso spät auf wie vorher, so daß für die Pflege des Kindes nicht genug gewonnen ist. Solange der gesetzliche Arbeiterschutz nicht ganz wesentlich erweitert wird, helfen Säuglingsfürsorgestellen und Stillprämien — so nötig und nützlich sie sind — doch den Arbeiterkindern nicht genügend. Ein Beweis dafür ist der Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig, der zwar eine Zunahme der Stilltätigkeit im allgemeinen konstatiert, im übrigen aber feststellt, daß von 100 nichtgestillten Kindern 21,6 wegen Rückkehr der Mütter zur Erwerbstätigkeit der natürlichen Ernährung entbehrten! Diese Zahlen sind ein weiterer Beweis für die Berechtigung all der Forderungen, die unsere Genossinnen dem Beschluß der Mannheimer Konferenz entsprechend zur Fürsorge und zum Schutze von Mutter und Kind erheben. Die Verwirklichung dieser Forderungen liegt im Interesse der Zukunft des Proletariats, ja der gesamten Nation, aber sie wird nur durch den Kampf des Proletariats erreicht, in dem die Frauen in den ersten Reihen stehen müssen. Um ihrer Mutterpflicht, um ihrer Kinder willen.

Kinderfürsorge in der Schweiz. Ein Lehrkursus für Kinderfürsorge soll in Zürich im Januar 1908 veranstaltet werden. In der Oberaufsicht, die der kantonale Erziehungsrat ausübt, befindet sich auch Genosse Regierungsrat Ernst.

Verchiedenes.

Einen interessanten Beitrag zum Kapitel Klassenmoral bietet ein Brief, den Genossin Lungwitz erhalten hat, während sie 2 Monate im Gefängnis als „Staatsverbrecherin“ hieß, weil sie gewagt hatte, eines der heiligsten Güter der Nation, den Militarismus und die Kolonialsezererei anzugreifen. Der Brief hat folgenden Inhalt:

„Ewackopmund. Aus den Zeitungen ersehen wir, daß Sie sich nicht geschämt haben, unseren braven Truppen Grausamkeiten vorzuwerfen, die Sie in völliger Unkenntnis der hiesigen Verhältnisse gar nicht beurteilen und daher auch nicht verurteilen können. Freuen Sie sich, daß Sie nicht hier in der Kolonie sind, Sie wären nicht nur mit 3 Monaten bestraft worden!“

„Lesen Sie beifolgend Beschriebenes alltäglich — alltäglich aus dem letzten hiesigen Krieg, welches allerdings wohl nicht mit den Ihnen von Ihnen „berühmten“ Gewährsleuten zugebrachten Schilderungen übereinstimmt und denken Sie nach, Sie haben ja 3 Monate Zeit. — H. Schulz, Kaufmann, A. Haj, Kaufmann, Otto Mejer, Kaufmann.“

Es gibt unter den Angehörigen der herrschenden Klassen immer noch Naive, die wägen, daß ihre eigene Ausbeutungsmoral der alleinseligmachende Gott ist, dessen Satzungen die Ausgebeuteten ohne Widerrede gehorchen müßten. Daher lanzeln sie die Proletarier, die „unverschämt“ genug sind, eine eigene Meinung zu haben und die Ereignisse und Erscheinungen des politischen Lebens selbständig zu beurteilen gern von oben herunter ab. Sie wollen sie „bessern“ in dem bürgerlichen Sinne, daß ihnen heilig sein soll, was den herrschenden Klassen profitierend ist. Die Braven haben immer noch nicht gelernt, daß das kämpfende Proletariat denn doch bereits über solche „Erziehungsversuche“ hinausgewachsen ist. Das hätten sich auch die drei kaufmännischen Kolonialsezerer sagen sollen, ehe sie daran gingen, durch ihren lächerlichen Brief Genossin Lungwitz „bessern“ zu wollen.

Sturmgedanken.

Von Franz Diederich.

Schwerer hoher Wind saust.
Die Föhren schwanken.
Grüne Wipfel sturmzerzaust
Wählen Sturmgedanken.

Der Herbst wirft in den Wald
Graues Schattentreiben.
Scheiden muß ich bald, —
Der Sturm wird bleiben.

Weißer Aftern.

Von Klara Bohm-Schuch.

Ich habe es gern, dieses leis herbstelnde und doch sommerliche Regenwetter. Es ist schwer, melancholisch, aber die Luft ist trotzdem so wunderbar, so verheißend. — Das sind die Tage, an denen die Märchen zu mir kommen, die stillen, wundergoldenen Märchen aus meiner Kindheit. Und ich kann ihnen stundenlang lauschen, dann fühle ich keine Einsamkeit. —

Nur wenn an diesen Tagen der Abend kommt, der Abend, an dem der Regen aufgehört hat, und nur noch grauer, feuchter Schleier über die Welt gebreitet liegt, — wenn die Laternen am Kanal früher angezündet werden und von den Brücken herauf das Geschrei der Kinder schallt, so, als ob sie schon Herbstspiele spielten — dann kommt die Einsamkeit.

Und in dieser Stimmung paßt ihr zu mir, ihr weißen, großen Aftern, die ihr vor mir auf dem Tische steht. — Weißer Aftern, — Kindheitsmärchenblumen.

Träumend und doch mit hellen Augen mich ansiehend. Mein und mit fragendem Blicke in das Märchenreich schauend, das da kommen soll, und aus dem ihr jetzt nur den Klang vernehmt. Weißer Aftern! O, wie ich euch liebe.

Und vor mir wächst ein wunderbares Märchen zum Lichte empor. Ein braunhaariger Kinderkopf mit großen dunklen Augen, und in den Locken liegt ein Kranz weißer, weißer Aftern; zwei Armchen strecken sich mir entgegen, und ein Stimmchen flüstert ein süßes Märchenwort.

Und das Märchen wächst, — es wird größer, schöner, und die weißen Aftern auf seinem Haupte werden voller; immer schöner, wie ihre Trägerin.

Da fällt mir ein, daß Aftern eigentlich Herbstblumen sind. Herbstblumen! Ja, die Dämmerung kommt, der Tag ist zu Ende. Der Regen hat aufgehört, die Welt ist wie mit einem Schleier umspannt, und von den Brücken des Kanals herauf tönt das Schreien und Rufen der Kinder.

Und vor mir steht ein wunderschönes junges Weib. Der Kranz von weißen Aftern liegt nicht mehr in den dunklen Haaren, nur einzelne Blüten durchwinden es. Herbstblumen!

Und es ist doch noch Sommer. Noch Sommer! Aber doch schon der graue, verträumte, hinübergleitende Abend, der das Kommen des Herbstes ahnen läßt. Die großen weißen Aftern nicken aus den nachtdunklen Haaren, und die Augen blicken mit einem ernstesten Ahnen durch die Zeit. Auf der reinen Stirn liegt es wie ein Hauch des Wissens. Nun ist es kein Märchen mehr, was um mich schwebt. Ich ahne nicht, ich hoffe nicht; ich weiß, ich will!

Vor mir stehen die weichen, weißen, duftlosen Blüten. Und ich beuge mich nieder wie zu einem Heiligtum und küsse leise die holden Vorboten der kommenden Zeit.

Schmiede.

Von Franz Diederich.

Wir sind die Schmiede der neuen Zeit,
Wir schaffen am Feuer!
Das wirft rötende Glut breit
Ueber altes Gemäuer.
Die Eisenhämmer schmettern
Schlag klingend um Schlag...
Draußen aber vor der Schmiede
Unter jung grünen Birkenblättern
Hörst dem klingenden wilden Liede
Blutfrisch erglühend ein neuer
Siegender Frühlingstag.

Wir sind die Schmiede am roten Herd,
Vom Frühling befohlen.
Klirr das Eisen zwingend, fährt
Die Zange in die Kohlen.
Heiße Funken umflirren
Das Werk zum Ruß...
Draußen aber über der Schmiede
Wirbelt wild auf ein Funkenwirren
Im Freiheitstanz zu dem klingenden Liede:
Wir schmieden eiserne Sohlen
Der Zeit an den Fuß!

Das Signal.

Von W. W. Garfchin.

Ssemjon Iwanow diente als Wärter bei der Eisenbahn. Von seinem Wärterhäuschen bis zur einen Station waren's zwölf, bis zur anderen zehn Werst. In einer Entfernung von ungefähr vier Werst wurde im verflochtenen Jahre eine große Weberei errichtet; aus dem Walde lugte ihr schwarzer Schornstein herüber, sonst gab's in der Nähe, die nachbarlichen Wärterbuden ausgenommen, kein einziges Gebäude.

Ssemjon Iwanow war ein kranker, gebrechlicher Mensch. Vor neun Jahren hatte er den Krieg mitgemacht: er diente damals als Bursche bei einem Offizier und machte mit diesem den ganzen Feldzug mit. Gekümmert hat er da und gefroren, sich der größten Sonnenhitze ausgesetzt und Märsche von vierzig bis fünfzig Werst sowohl bei Sommerhitze als auch bei strengster Kälte zurückgelegt; es kam auch vor, daß er im Kugelregen stand, aber gottlob, ihn hat keine einzige gestreift. Einmal stand das Regiment in der ersten Linie; eine ganze Woche verlief in stetem Kugelwechsel mit den Türken: da lag unsere Vorpostenlinie und jenseits des Hohlwegs die türkische, und vom frühen Morgen bis zum Abend ward gefeuert. Ssemjons Offizier war gleichfalls in der Vorpostenlinie; dreimal täglich brachte ihm Ssemjon aus der Regimentsküche hinter der Schlucht einen dampfenden Ssamowar und das Mittagessen. Oft ging er mit dem Ssamowar über den freien Platz: die Flintenkugeln pffiffen, klatschten auf die Steine nieder, schrecklich war's ihm zumute und die Tränen kamen ihm, doch er ging weiter. Die Herren Offiziere waren mit ihm sehr zufrieden: sie hatten immer heißen Tee. — Aus dem Feldzug kehrte er heil zurück, nur ein Gliederreißen in den Armen und Beinen bekam er. Nicht wenig Glend mußte er seit jener Zeit durchkosten. Als er ins Elternhaus zurückkehrte, war sein greiser Vater tot; ein Söhnchen von vier Jahren war gleichfalls gestorben, es hatte am Kehlkopf gelitten; Ssemjon blieb selbster mit seinem Weibe. Auch in der Wirtschaft hatten sie keinen rechten Erfolg, denn es ist schwer, mit aufgedunsenen Händen und Füßen den Boden zu beackern. Sie hielten es in ihrem Heimatdorf nicht länger aus und machten sich auf, an anderen Orten ihr Glück zu suchen. So war denn Ssemjon mit seinem Weibe auf der Linie, in Cherson, im Donaugebiet; aber nirgends wollte es ihnen glücken. Schließlich nahm die Frau eine Stelle als Dienstmagd an, und Ssemjon irrte weiter umher. Da fügte es sich einmal, daß er mit der Eisenbahn reisen mußte; auf einer Station schien es ihm, als wenn der Stationschef ein alter Bekannter von ihm wäre. Ssemjon betrachtete ihn, und der Stationschef sah sich ebenfalls das Gesicht Ssemjons genau an. Da erkannten sie einander. Es stellte sich heraus, daß es ein Offizier seines Regiments war.

„Bist du Iwanow?“ sagte er.
„Zu Befehl, Ew. Wohlgeboren, das bin ich selber.“
„Wie bist du hierher geraten?“
Da erzählte ihm Ssemjon: So halt, und so.
„Wohin gehst du denn jetzt?“
„Das kann ich nicht wissen, Ew. Wohlgeboren.“
„Wieso denn, Dummkopf, kannst du's nicht wissen?“
„Zu Befehl, Ew. Wohlgeboren, weil ich mich nirgends hinzugeben habe. Man muß erst, Ew. Wohlgeboren, irgend eine Arbeit suchen.“

Da schaute ihn der Stationschef an, dachte etwas nach und sagte: „Weißt du was, Kamerad, bleib du mal vorläufig hier auf der Station. Du bist scheint's verheiratet? Wo ist denn deine Frau?“

„Zu Befehl, Ew. Wohlgeboren, ich bin verheiratet; die Frau ist in der Stadt Kursk, sie befindet sich bei einem Kaufmann in Stellung.“

„Nun, dann schreibe deiner Frau, daß sie herkommen soll. Ich werde für sie eine Freilarte für die Eisenbahn besorgen. Hier wird bei uns auf der Strecke ein Bahnwärterhäuschen frei, da werde ich schon für dich den Chef der Bahnstrecke bitten.“

„Vielen Dank, Ew. Wohlgeboren,“ entgegnete Ssemjon. Er blieb auf der Station, half beim Chef in der Küche, hackte Holz, legte den Hof und die Bahnhofstrampe. Zwei Wochen später langte seine Frau an, und Ssemjon begab sich auf einem Handwagen nach seinem Wärterhäuschen. Das Häuschen war neu, warm und Brennholz in Hülle und Fülle vorhanden. Ein kleiner Gemüsegarten war von den früheren Wärtern zurückgelassen und Ackerland von ein paar Morgen zu beiden Seiten des Bahndammes. Ssemjon freute sich: er begann zu überlegen, wie er seine Wirtschaft ordnen, eine Kuh, ein Pferd kaufen werde...

Man gab ihm dann die ganze nötige Ausstattung: eine grüne Flagge, eine rote Flagge, Laternen, ein Horn, einen Hammer, einen Schraubenschlüssel, ein Brechisen, eine Schaufel, einen Besen, einen Schallstock, Schraubenbolzen, sowie zwei Reglementsbücheln und ein Verzeichnis der Rüge. In der ersten Zeit schlief Ssemjon während der Nächte nicht, er paukte sich fortwährend das

Verzeichnis ein; der Zug sollte erst nach zwei Stunden vorbeikommen, aber Ssemjon ging seine Strecke ab, setzte sich auf die Bank vor das Wärterhäuschen und schaute hinaus und horchte, ob nicht die Schienen zitterten, ob nicht der Zug schon heranbrauste. Später prägte er sich auch die Reglements vollständig ein, und obgleich er sehr miserabel las, gelang es ihm dennoch vortrefflich.

Das war im Sommer; die Arbeit war nicht schwer; Schnee brauchte man nicht wegzuschaukeln. Und auch die Rüge waren auf dieser Strecke selten; Ssemjon ging täglich zweimal seine Werst ab, versuchte irgendwo die Schienenschrauben festzudrehen, glättete den Schutt aus, sah die Wasserrohre nach und ging dann nach Hause, um die Wirtschaft zu besorgen. In der Wirtschaft jedoch stand ihm nur ein Hindernis im Wege: was er auch beginnen mochte, alles mußte dem Wegemeister unterbreitet werden, der es wiederum dem Chef der Strecke meldete; ehe die Bittschrift dann wieder zurückkam, war auch schon die Zeit vorbei. — Ssemjon und sein Weib begannen sogar sich zu langweilen.

Es vergingen so ungefähr zwei Monate; Ssemjon wurde allmählich mit seinen Nachbarn, den Bahnwärtern, bekannt. Der eine war ein uralter Greis, den man seit längerer Zeit zu pensionieren sich anschickte: er konnte sich kaum noch aus dem Wärterhäuschen schleppen; seine Frau machte für ihn den Rundgang. — Der andere Wärter, der nächste zur Station, war ein junger Mensch, äußerlich hager und sehnig. Das erstmal begegneten sie sich, er und Ssemjon, auf dem Bahndamm, auf halbem Wege zwischen den Wärterbuden, während eines Rundganges. — Ssemjon lästete zuerst seine Mühe und verbeugte sich. „Gott zum Gruß, Nachbar,“ sprach er.

Der Nachbar blickte ihn scheel an, erwiderte leise: „Guten Tag,“ drehte sich um und ging seiner Wege. — Später trafen sich auch die Weiber. Ssemjons Arina begrüßte zuerst die Nachbarin; doch diese wollte ebenfalls nicht sprechen und entfernte sich bald. — Eines Tages begegnete ihr Ssemjon.

„Wie kommt es, junges Frauchen,“ fragte er, „daß dein Mann so wortlang ist?“

Das Weib schwieg zunächst und erwiderte dann kurz: „Aber wovon soll er denn mit dir sprechen? Jeder hat das Seinige... Gott mit dir!“

Es verstrich so ungefähr ein Monat, und sie wurden schließlich miteinander bekannt. Wie sie sich auf dem Bahndamm begegneten, Ssemjon und Wassilij, ließen sie sich auf den Rand desselben nieder, rauchten zusammen ein Pfeifchen und erzählten sich über ihr bisheriges Leben und ihre Verhältnisse, sprachen über dies und das. Wassilij schwieg meistens, und Ssemjon berichtete über sein Heimatdorf, über den Feldzug...

„O, wie viel Mißgeschick und Glend habe ich in meinem Leben ausstehen müssen,“ sagte er dann, „und meine Lebenstage sind, weiß Gott, gezählt. Ja, der Herr hat kein Glück gespendet. Wenn Gott jemand irgend ein Schicksal vorausbestimmt, dann bleibt es auch dabei. So ist es, Brüderchen Wassilij Stepanytsch.“

Und Wassilij Stepanytsch klopfte seine Pfeife an den Schienen aus, erhob sich und entgegnete darauf: „Nicht das Schicksal zerreiht mein und dein Leben, sondern die Menschen tun's. Es gibt auf der Welt kein Tier, das raubgieriger und schlechter wäre als der Mensch. Ein Wolf frist den anderen nicht, aber ein Mensch verschlingt den anderen bei lebendigem Leibe.“

„Nun, Bruder, ein Wolf frist schon den anderen, das sage nicht.“

„Da haben wir's; nun stößt er sich gar an einem Wort und redet. Und dennoch, es gibt kein grausameres Geschöpf. Wenn's nicht unmenschliche Schlechtigkeit und Habgier gäbe, dann könnte man schon leben. Jedweder paßt den günstigsten Augenblick ab, um dich beim lebendigen Fleisch packen zu können, ein Stück zu fassen, dir die Haut abzuschinden.“

Ssemjon wurde nachdenklich.

„Ich weiß es nicht, Bruder,“ sagte er. „Es kann sein, daß dem so ist, aber wenn es auch so ist, so ist es eine Bestimmung von Gott.“

„Wenn es sich so verhält,“ sagte Wassilij, „dann habe ich nichts mit dir zu besprechen. Wenn man jeden Unflat auf Gott abwälzen und selbst sitzen und dulden soll, dann heißt das nicht, Kamerad, Mensch sein, sondern ein Vieh. — Da hast du meine Meinung.“

Er drehte sich um und ging, ohne sich zu verabschieden. Da erhob sich auch Ssemjon.

„Nachbar,“ ruft er, „weshalb traleelst du?“

Der Nachbar wandte sich jedoch nicht um, er ging weiter. Lange schaute ihm Ssemjon nach, bis endlich Wassilij am Einschnitt der Biegung unsichtbar wurde. Zu Hause angekommen, sagte Ssemjon seiner Frau: „Nun, Arina, einen Nachbar haben wir, jedoch Gift ist er, aber kein Mensch.“

(Fortf. folgt.)